

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich Kz 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Aufstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Der Angriff abgeschlagen!

Der heroische Kampf der Bergarbeiter, der volle sieben Wochen währte, und in dem die Opferfähigkeit und Solidarität, kurz alle proletarischen Tugenden dieser Arbeiterklasse im hellsten Lichte erstahlten, ist vorüber. Die Arbeiter aller anderen Berufe haben in den letzten Jahren schon mehrmals die Festigkeit und Zähigkeit, den Elan und die Gefolgschaft, die Ruhe und Besonnenheit der Bergarbeiter schätzen gelernt. Auch während des jetzt eben abgeschlossenen Kampfes können wir den Bergarbeitern ob dieser ihrer Kampferigenschaften unsere Bewunderung nicht verhehlen. Über 100.000 Menschen haben ihre Existenz aufs Spiel gesetzt, haben Entbehrungen gelitten und Opfer gebracht und haben gleichzeitig nicht einen Augenblick in der Überzeugung gewankt, den ihnen aufgezwungenen Kampf einem erfolgreichen Ende entgegenzuführen.

Darum können die Bergarbeiter auf den Abschluß des Kampfes auch wahrhaft stolz sein. Wohl haben sie in eine gewisse Lohnduktivität einwilligen müssen, aber dieser Lohnabbau ist lange nicht so groß, wie ihn die Unternehmer vor dem Kampfe gefordert haben. Dreißig Prozent Lohnabbau haben die Grubenbarone gefordert. Auf zwei Drittel dieses Lohnabbaues mußten sie verzichten. Die stolzen Grubenherren, die sie keinen Fall den Kollektivvertrag länger als bis März abschließen wollten, mußten schließlich doch die Verlängerung des Vertrages bis Ende Mai nächsten Jahres zugestehen. Auch die übrigen Bedingungen des Abchlusses sind gemäß den Vorschlägen der Bergarbeiterkoalition durchgesetzt worden. Kein Arbeiter darf wegen des Streiks bestraft oder entlassen werden, das Arbeitsverhältnis ist durch den siebenwöchentlichen Kampf keine Unterbrechung. Die Inbetriebsetzung der Gruben erfolgt im Einvernehmen mit den Betriebsräten. Die Kohlenpreise erfahren eine beträchtliche Herabsetzung durch Verminderung der Kohlensteuer um die Hälfte, sowie durch die Verringerung des Unternehmerprofits, so daß die Möglichkeit der Mehrförderung, der vollen Beschäftigung der Arbeiter und damit eines höheren Einkommens gegeben ist.

Wenn nicht mehr erreicht wurde, wenn der Sieg der Arbeiter kein vollständiger, der Erfolg kein durchschlagender ist, dann hat dies Gründe, die in der wirtschaftlichen und wohl auch politischen Situation dieses Staates tief verankert sind. Die noch immer furchtbar wütende Wirtschaftskrise schwächt die Kraft der Arbeiterklasse und stärkt die Angriffslust der Unternehmer. Infolge dieser Krise konnte auch den Bergarbeitern die Hilfe der Arbeiterklasse der übrigen Berufe nicht in so weitreichendem Maße gewährt werden, als es wünschenswert gewesen wäre. Finanziell hat die übrige Arbeiterklasse die Bergarbeiter unterstützt und die Solidarität aller Arbeiterschichten hat sich da wieder als Tatsache erwiesen. Wenn die Arbeiterklasse nicht auch in anderer Hinsicht den Bergarbeitern zu Hilfe gekommen ist, und wenn gewisse Arbeiterschichten, wie die Eisenbahner, die Hilfe nicht so voll und ganz leisten konnten, liegt dies — das darf wohl offen ausgesprochen werden — darin, daß es innerhalb der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei doch noch immer Kräfte gibt, deren Klassenbewußtsein durch allerlei all-nationale Ideologien getrübt ist und die noch nicht jene gewerkschaftliche Erziehung besitzen, die zur Führung entscheidender Kämpfe gegen das Kapital notwendig ist. An dieser Hinsicht sind die Lehren des Bergarbeiterstreiks auf der Hand liegend: Es müssen alle Bestrebungen dahin gerichtet sein, den heiligen Gedanken proletarischer Solidarität in jenen Kreisen zu festigen, wo er noch schwach und kleinbürgerlich verzerrt ist.

Es ist selbverständlich, daß sich nach diesem in musterwürdiger Solidarität geführten Streik Stimmen finden, die an den getroffenen Vereinbarungen Kritik üben werden. Es ist kaum

Der neue Weg zum fernen Ziel.

Die neue alte Reichsregierung.

Berlin, 6. Oktober. (Wolff.) Das neue Reichskabinett setzt sich wie folgt zusammen: Reichskanzler Dr. Stresemann, der zugleich mit der Führung der Geschäfte des Außenministeriums beauftragt wird. — Reichsminister für den Wiederaufbau Schmidt, Reichsminister des Innern Solfmann, Reichsfinanzminister Dr.

Luther, Reichswirtschaftsminister Dr. Roeth, Reichsarbeitsminister Dr. Braun, Justizminister Dr. Radbruch, Reichswehrminister Dr. Gessler, Reichspostminister Goelic, Verkehrsminister Cieser, Ernährungsminister noch unbesetzt, Minister für die besetzten Gebiete Fuchs.

Stresemanns Programmrede.

Berlin, 6. Oktober. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des Reichstages brachten die Kommunisten Anträge betreffend die Aufhebung der Ausnahmeverordnung in Bayern, sowie der Ausnahmeverordnung des Reichswehrministers in bezug auf die Presse ein. Die Besprechung dieser Anträge wird mit allen anderen Ausdrücken verbunden werden. Der Reichskanzler stellte sodann die Mitglieder des Kabinetts vor. Als er zu sprechen begann, riefen die Kommunisten: „Die Aulisse für Stinnes spricht!“ Der Kanzler erwiderte: „Ich kann versichern, daß Herr Stinnes mit der Neubildung des Kabinetts nichts zu tun hat.“ Nachdem Stresemann mitgeteilt hatte, daß das noch unbesetzte Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit einer der Landwirtschaft nahe stehenden Persönlichkeit besetzt werden soll, führte er aus:

Die Vorgänge der letzten Tage haben eine sehr scharfe Kritik erfahren. Der Reichsverband der Eisen- und Stahlindustriellen sagt: B.: Der Parlamentarismus habe versagt. Behaupten Sie mir, die Gegenfrage zu stellen: Hat nicht auch die Wirtschaft versagt, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellte? (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Seit der Zeit des Kabinetts Fehrenbach haben die Bemühungen nicht aufgehört, die Herren herauszuziehen, die auf Grund ihrer praktischen Friedenserfahrung der Ansicht sind, daß das Fehlen dieser Erfahrung wesentlich zum Versagen der staatlichen Verwaltung beigetragen habe. Wann aber die Herren behaupten, daß der Parlamentarismus versage, sich dem Staate zur Verfügung stelle, um zu zeigen, wie man es besser macht? Der Parlamentarismus führt man nicht ab absurdam durch Resolutionen, sondern durch praktische Mitarbeit, indem man zeigt, daß man die Dinge besser zu meistern vermag. (Erneute lebhafteste Zustimmung der Mehrheit. Unruhe.) Wir treten an den Reichstag heran, um ein Ernüchterungsgefäß zu erhalten und den Reichstag zu veranlassen, auf die ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte für lange Zeit zu verzichten und dem Kabinett Vollmachten zu geben, die weit hinausgehen über das, was je ein Kabinett an Vollmachten besessen hat. Es war klar, daß bei der Bedeutung der Sachlage dem Kabinett nicht eine blanke Vollmacht gegeben werden konnte, sondern daß man sich wenigstens über die Grundlinien klar werden mußte.

Ich komme zu den außenpolitischen Verhältnissen. Das Kabinett fand folgende Situation vor: Der Ruhrkampf hatte eine heftige Depression ausgelöst, die vielleicht gerade aus der

Passivität des Widerstandes hervorging. Der Widerstand war aus der Bevölkerung selbst erwachsen und von der Regierung unterstützt worden. Beamte, Arbeiter und Regierung hatten zusammengeschlossen. Die moralische Widerstandskraft eines Volkes kann schließlich nicht alles auf sich nehmen. Die Bevölkerung hat etwas ertragen, das über das Maß und die Grenze dessen hinausging, was Menschen irgendwie ertragen können. (Lebhafte Beifall.) Es war aber klar, daß mit dem Widerstand allein die Franzosen und Belgier aus dem Einbruchgebiet nicht mehr hinausbringen waren. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer wurde es, ihn irgendwie diplomatisch auszunutzen. Das Versagen auf finanziellen und materiellem Gebiet zeigte den Einbruchsmächten, wie es mit Deutschland stand. Bei dem fortwährenden Verfall der Währung, den keine technischen Maßnahmen aufhalten konnten, waren keine weiteren diplomatischen Erfolge zu erwarten. Wir mußten eine Formel finden, welche die Möglichkeit gab, die Einstellung des passiven Widerstandes zu politischen Verhandlungen zu benutzen. Ich habe in dieser Beziehung einen Misserfolg erlitten. Wir waren bereit, eine Formel der Industrie anzunehmen, die in ganz anderer Weise die Wiederaufnahme der Arbeit regeln sollte als es Frankreich verlangte. Es sollte eine Atmosphäre geschaffen werden, um das Ausgehen des passiven Widerstandes, wie auch die Freiheit der Gefangenen, die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat und die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu erzielen. Wir haben derartige Vorschläge unterbreitet. Die hoffnungsvollen Verhandlungen wurden abgebrochen durch die vom französischen Ministerpräsidenten gegenüber den anderen Mächten durchgesetzte Forderung der bedingungslosen Einstellung des passiven Widerstandes.

Unsere Angebote sind die weitgehendsten, die jemals ein Volk gemacht hat. Sie gehen weit über die Bedingungen des Friedensvertrages hinaus. Sie haben auch den Gedanken aufgegeben, das Vermögen der Privatwirtschaft fastbar zu machen. Trotzdem hat auch dieses Angebot keine Grundlage für weitere Verhandlungen gegeben. Wir haben aber die Forderung der Wiederherstellung des Ruhegebietes über das Ruhrgebiet nicht aufgegeben und werden niemals den Kampf um die Menschenrechte der Bevölkerung aufgeben. (Lebhafte Beifall.) Unsere Anfrage über die Wiederherstellung geordneter Zustände im Ruhrgebiet ist nicht beantwortet worden. Wir werden sie wiederholen.

Bedeutend sind die Vorgänge in bezug auf die französische Regie. Eine offizielle französische Auffassung bestreitet die Forderung eines Eides. Es ist ein Zweifel, daß die kommunistische Presse über die Führer der Bergarbeiterkoalition herfallen wird. Aber wie stark auch die Worte der Kommunisten sein mögen, es ist nichts als bloße Demagogie. Es muß schon jetzt die Tatsache festgestellt werden, daß die drei kommunistischen Mitglieder des Zentralstreikkomitees für die Vereinbarung eingetreten sind, daß also die kommunistischen Führer der Bergarbeiter selbst dieser Vereinbarung zugestimmt haben. Wenn die kommunistische Presse die Vereinbarungen als für die Arbeiterschaft ungünstig hinstellen wird, dann braucht man ihr nur entgegenhalten, daß die kommunistischen Bergarbeiterdelegierten auf der Reichskonferenz, nicht geschlossen aufgetreten sind, daß die Anschauung über die Vereinbarungen unter den Kommunisten selbst geteilt ist. Die Massen der Bergarbeiter werden auf die kommunistische Demagogie aus diesem Grunde diesmal nicht hinetriften. Es ist eine Binsenwahrheit, festzustellen, daß die Absichten der Unternehmer weiterge-

Ich würde es bedauern, wenn die Auffassung der „Agence Havas“ den Tatsachen entspräche. Eines wollen wir betonen:

Unser ist der Boden, unser ist das Land, unser ist die Freiheit über dieses Land.

(Stürmischer Beifall.) Sind die Erklärungen richtig, die Poincaré Baldwin gegenüber gegeben haben soll, daß er keine Annexionen und keine Beeinträchtigung der territorialen Hoheitsrechte beabsichtige, so hat er jetzt die beste Gelegenheit vor der ganzen Welt die Zweifel zum Vertommen zu bringen, indem er bei den Verhandlungen zeigt, daß es ihm mit seinen Worten ernst ist.

Man spricht davon, daß die deutsche Regierung zuerst ihren guten Willen zeigen müsse.

Was soll Deutschland noch zu leisten anbieten? Es ist das Letzte, was ein Volk zu leisten anbieten kann. Unser Wille ist der der Verständigung, aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volkes. Das haben diejenigen Erregungen bewiesen, deren Zudungen wir gerade jetzt in dieser Zeit erleben, allerdings in Auswülfungen, die wir nicht billigen, sondern verurteilen, die aber niemals eintreten sollten, wenn nicht die Last dazu gestreut worden wäre durch die Gewaltpolitik, die Deutschland gegenüber in den letzten Jahren geübt werden war.

Bezüglich der finanziellen Verhältnisse kann wirkliche Abhilfe nur geschaffen werden durch eine grundlegende Änderung der Verhältnisse zwischen dem Reiche, den Ländern und den Kommunen. Das setzt voraus, daß die Länder wieder die volle Verantwortung für die eigenen Ausgaben übernehmen und daß ihren Einnahmequellen erschlossen werden. Meiner Auffassung nach gibt es keine Möglichkeit, dem Währungsverfall nur mit technischem Mittel entgegenzutreten und ihn aufzuhalten. Wir haben sie angewendet bis zu dem Maße, daß unsere Goldreserve auf ein Minimum herabgesunken ist.

Wir müssen ein neues Geld schaffen.

Das Wichtigste aber ist der Versuch zur Gesundung der Wirtschaft selber. Wir brauchen dazu auch einen Eingriff in die Preisbildung, welche bei uns Formen angenommen hat, die wir nicht mehr ertragen können. (Stürmische Zustimmung.) Wir brauchen Eingriffe gegen die Preispolitik, damit nicht der geforderte Steigerung in Leistungen die Ausbeutung durch unberechtigte Preise entgegensteht. Auf die's Zusammenwirken sollen sich die Bedingungen beziehen, wegen deren wir von Ihnen eine Ermächtigung verlangen. Diese Ermächtigung müssen Sie uns geben. (Unruhe bei den Kommunisten.) Daß der Belagerungsstand da ist, liegt an Ihnen (nach Links). (Stürmische Unterbrechung bei den Kommunisten.) Es ist klar, daß der Belagerungsstand sich gegen diejenigen richtet, die für den Bestand des Staates eine Gefahr sind. (Stürmischer Lärm links.) Wir haben Pflichten zu erfüllen nicht nur in der Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach uns kommt. (Stürmischer Beifall bei den Reichsparteien.) (Zwischen und Fortrufe bei den Kommunisten.)

Nach der Geschäftsordnungsdebatte wurden die Besprechungen der Regierungserklärung auf Montag 12 Uhr vertagt.

Gegen die anstürmende Reaktion — die Einheit und Geschlossenheit der Partei.

Berlin 6. Oktober. (Eigenbericht.) Der Parteiauschuß der sozialdemokratischen Partei besaßte sich heute in einer mehrstündigen Sitzung mit der politischen Lage und der inzwischen erfolgten Neubildung der Regierung. Nach einem Referat des Genossen Silberding, das ein Bild über die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten Wochen gab, und nach einer eingehenden Debatte wurde folgende Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen:

„Der Parteiauschuß würdigt die schwerwiegenden Gründe, die unsere Fraktion bestimmen haben, der Außerhaltung der Koalition zuzustimmen. Er lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf die stets wachsende Gefahr der politischen und sozialen Reaktion und fordert von allen Parteigenossen, in dieser Situation die Geschlossenheit der Partei zu wahren und die Organisation zu stärken.“

Nach der Umgruppierung.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Berlin, 6. Oktober.

Das zweite Kabinett Stresemann ist zwar wieder ein Kabinett der großen Koalition, aber sein Charakter wird sich wesentlich geändert haben. Das Misstrauen gegen die Deutsche Volkspartei, das schon immer in der Arbeiterschaft bestand, hat sich nach dem Verhalten dieser Partei in den jüngst vergangenen Tagen noch beträchtlich verstärkt. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich mit Zweidrittelmehrheit dazu entschloß, diesmal an der großen Koalition teilzunehmen, so war der ausschlaggebende Grund für diesen Beschluß die Erwägung, daß eine so große Partei wie die Sozialdemokratie in einer so außerordentlichen gefährlichen Situation das außerordentliche tun müsse, um das Reich, das Volk, die Arbeiterklasse nicht dem Untergang verfallen zu lassen. Die Fraktion stimmte der Vereinbarung über die Formulierung in der Frage des Achtstundentages zu, wonach die dringend gebotene Steigerung der Gütererzeugung nur unter reiflicher Ausnützung der technischen Errungenschaften und organisatorischen Verbesserungen der Wirtschaft und durch enge Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sei. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuverteilung der Arbeitszeit unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit nicht zu umgehen sein. Dabei sei auch die Möglichkeit der gesetzlichen Ueberverteilung der jetzigen Arbeitszeit im Interesse der notwendigen Steigerung der Produktion vorzunehmen. Diese Vereinbarung entspricht der deutschen Note, die die deutsche Regierung im November vorigen Jahres an die Alliierten gesendet und die damals auch die Zustimmung der Sozialdemokratie gefunden hatte.

Nachdem der bisherige Finanzminister Gen. Hilferding selbst den Rücktritt aus seinem Amte gewünscht hatte, war die persönliche Seite der Krise gegenstandslos geworden, das Kabinett konnte neu gebildet werden und sich dann dem Reichstag vorstellen. Von den Vertretern der Minderheit der Fraktion war die Befürchtung ausgesprochen worden, daß der Wiedereintritt in die große Koalition von den Arbeitern im Lande nicht verstanden werden würde, nachdem das erste Kabinett unter den Angriffen einer der Parteien, die wiederum im Kabinett vertreten sind, zusammengebrochen sei. Man glaubte auch, daß die jetzt gewählte Formulierung in der Frage des Achtstundentages als eine verschleierte Preisgabe dieser wichtigsten Errungenschaft der Novemberrevolution angesehen werden könnte. Die Antwort auf diese beiden Einwände gegen die Wiederbeilegung an der großen Koalition ergibt sich aber aus dem Hinweis auf die politische Situation: Die Krise ist durch den Angriff der industriellen Fraktion der Deutschen Volkspartei auf das Grundrecht der Arbeiterschaft entstanden. Unter dem Eindruck der bayerischen Diktatur glaubten diese Kreise — darin stimmen sie mit den Deutschnationalen überein — daß jetzt der Augenblick gekommen sei, in dem mit dem ganzen Novemberpakt ausgeräumt werden könnte. Die Sozialdemokratie war dazu entschlossen, diesen Kampf ungefährmt aufzunehmen. Zum offenen Ausbruch des Kampfes ist es aber nicht gekommen. Die bürgerlichen Parteien der Mitte brachten noch im letzten Augenblick soviel Einsicht auf, um durch Zugeständnisse an die Sozialdemokraten die Auswirkung der Taktik der volksparteilichen Stimmleute zu verhüten.

Welches Schicksal das zweite Kabinett Stresemann erleben wird, das hängt in der Hauptsache von der Entwicklung der außenpolitischen Lage ab. Es hat sich aufs Neue gezeigt, daß der

Neuestes, allerneuestes von Rahr.

Berlin, 6. Oktober. (Eigenbericht.) In einer Sitzung mit den Vertretern „gefinnungstüchtiger“ deutscher und einiger ausländischer Blätter hat Rahr auseinandergesetzt, wie er seine künftige Wirksamkeit gestalten wolle. Das deutsche Volk müsse sich wieder Achtung im Völkerverkehr verschaffen. Dazu gehört die Instandhaltung von Staatsautorität und Staatsgewalt, die durch die Revolution ins Wanken geraten sei. Bayern solle wieder ein starker Staat werden, aber es solle keine Reparationspolitik betreiben

werden. Das bayerische Volk wüßte wieder eine Verfassung im Bismarckschen Sinne. Rahr sei ein viel größerer Monarchist, als daß er wünsche, daß jetzt die Monarchie errichtet werde; er beabsichtige keine Abenteuerpolitik. Der deutsche Marxismus habe schon genug Schaden durch derartige Experimente angerichtet. Der Marxismus sei der Tod des Staates, daher bekämpfe er ihn mit aller Macht. (Der alte Herr von Rahr hat eine Ahnung von Marxismus...)

Stinnes mit den Franzosen gegen die Arbeiter.

Berlin, 6. Oktober. (Eigenbericht.) Ein amerikanischer Berichterstatter hatte aus dem Ruhrgebiet gemeldet, daß Hugo Stinnes gestern in Düsseldorf in Begleitung eines französischen Offiziers Krupp im „Gefängnis“ befehligt habe, wobei sich die beiden Ruhrmagnaten eine Stunde lang unterhielten. Danach begab sich Stinnes in das französische Hauptquartier zu General Degoutte, dem er ein mit Krupp ausgearbeitetes Programm unterbreitete. Im Gefolge von Stinnes waren noch andere Industrielle. Die schwerindustrielle „Telegraphenunion“ bekräftigt diese Meldung und fügt hinzu, daß es sich um Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit und Jungangekung der Vertriebe gehandelt habe. Diese Meldung ist besonders deshalb interessant,

weil die Presse von Herrn Stinnes und die von ihm abhängigen Politiker das Kabinett Stresemann deshalb bekämpft haben, weil es mit den Franzosen zu Verhandlungen kommen wollte. Nunmehr verhandelt Stinnes aber selbst mit General Degoutte, demselben General, der die deutschen Arbeiter aufgefördert hatte, zehn Stunden und länger zu arbeiten.

Man kann sich vorstellen, was die deutsche Arbeiterschaft zu erwarten hat, wenn es den deutschen Großindustriellen unter Ausschaltung der Regierung wirklich gelingen sollte, mit dem französischen Militarismus eine Verständigung über das Ruhrgebiet zustande zu bringen.

Küstrin und die Folgen.

Berlin, 6. Oktober. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist eine neue Note der Entente in der Entwaffnungsfrage eingelaufen. Es wird darin verlangt: die sofortige Wiederaufnahme der Tätigkeit der Militärkontrollkommissionen und die Entwaffnung der illegalen Organisationen, deren Bestehen durch den Putsch von Küstrin nachgewiesen ist.

französischer Nationalismus nichts anderes als der Schrittmacher des deutschen Nationalismus ist. Die Reaktion in Deutschland konnte darauf hinweisen, daß trotz der Aufgabe des passiven Widerstandes Poincaré gar nicht daran denke, die Verhandlungen mit Deutschland über die Lösung der Reparationsfrage aufzunehmen. Aus dieser Tatsache zieht die bayerische Diktatur ihre Kraft; sie gibt auch den schwerindustriellen Kreisen den Mut, um gegen die Arbeiterklasse vorzustößen und den Versuch zu unternehmen, sich der Leistungen für die Reparationen zu entziehen, solange noch Zeit dazu ist. Von der Lösung der außenpolitischen Schwierigkeiten hängt auch die Wiederherstellung einer stabilen Wirtschaftsführung ab. Jeder Versuch, den deutschen Staatshaushalt in Ordnung zu bringen und eine beständige Währung zu schaffen, ist zum Scheitern verurteilt, solange die Grenzen der deutschen Reparationsleistungen nicht festgestellt sind, solange die außenpolitische Unruhe nicht beendet ist. In seiner heutigen Rede im Reichstag ist Stresemann ausführlich darauf eingegangen. Er hat zugegeben, daß er außenpolitisch einen Mißerfolg erlitten habe, zugleich aber mit der notwendigen Deutlichkeit jene Elemente gebremst, die aus diesem Mißerfolg innerpolitische Vorteile ziehen wollten. Er rechnete auch mit erfrischender Deutlichkeit mit den Deutschnationalen und einem Teil

Die bürgerliche Diktatur verbietet kommunistische Zeitungen.

München, 6. Oktober. (Wolff.) Durch eine Verordnung des bayerischen Generalstaatskommissariats wird für das rechtsrheinische Bayern die Herstellung und Verbreitung kommunistischer Zeitungen oder Zeitschriften verboten. Zuwiderhandelnde werden mit Gefängnis und gegebenen Falles daneben noch zu Geldstrafen verurteilt werden.

seiner eigenen Partei ab, die ihm den Vortour gemacht hatten, er und seine Regierung hätten kapituliert.

Der einmütige Beifall, den er mit diesen Ausführungen auf der linken Seite des Hauses fand, wird sich auf die gewaltige Mehrheit des Volkes übertragen. In der Außenpolitik bestanden überhaupt nur unwesentliche Differenzen zwischen Stresemann und der Sozialdemokratie. Das Schicksal dieser Regierung wird also lediglich davon abhängen, ob es ihr gelingt, die außenpolitischen Lösungen in kurzer Frist zu finden, und ob sie zugleich die Kraft hat, um die Versuche des Großkapitals, die Folgen des verlorenen Krieges auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, zurückzuweisen. Die Frage des Achtstundentages, über die das erste Kabinett Stresemann gestürzt ist und nach deren neuer Formulierung das zweite Kabinett Stresemann gebildet werden konnte, ist nur ein Symbol für die Kräfte, die jetzt in Deutschland um die Entscheidung ringen. Die Arbeiterschaft braucht die Auseinandersetzung nicht zu fürchten. Die sozialdemokratische Partei aber handelte diesmal nach dem alten Grundsatze, daß die beste Strategie die ist, sich nicht vom Gegner das Kampffeld und die Kampfbedingungen vorzeichnen zu lassen, sondern selbst den Zeitpunkt zum Angriff zu bestimmen.

Eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Sachsen.

Berlin, 6. Oktober. (Eigenbericht.) Heute vormittags wurden in Dresden die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten über die Regierungsbildung fortgesetzt. Es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Regierungsprogramms gebildet und dann die Sitzung auf Montag vertagt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Kommunisten in die sächsische Regierung eintreten; die Lösung der Personenfrage dürfte im Laufe des Montag erfolgen, so daß sich das ungebildete Kabinett wahrscheinlich schon in der Eröffnungs-sitzung des Landtages am Dienstag vorstellen wird. Wahrscheinlich würde den Kommunisten das Innen- und das Arbeitsministerium überlassen werden. Die „Dresdener Volkszeitung“ begrüßt diese Entwicklung aufs wärmste und wünscht, daß der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung der erste Schritt zur endgültigen Vereinigung der beiden proletarischen Parteien in Deutschland sein möge.

Dresden, 6. Oktober. Die beiden Linksparteien haben sich über zahlreiche Programmpunkte bereits geeinigt, so u. a. über eine planmäßige Befehung aller Ämter mit zuverlässigen Republikanern, über die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften für den Fall einer Gefahr für die Republik, über Maßnahmen zur möglichsten Verhinderung der Stilllegung von Betrieben. Ferner wird eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Parteien gebildet werden. Die Kontrollauschüsse sollen zu einer Art Bürgerpolizei ausgebaut werden. Weiter sollen Verhandlungen mit anderen sozialistischen Regierungen wegen eines Zusammenschlusses aufgenommen werden.

In der Fraktionsbildung der sozialdemokratischen Partei in Dresden wurde vom Ministerpräsidenten Dr. Zeigner bekanntgegeben, Reichswehrminister Gehler habe ihm mitgeteilt, er werde nicht dulden, daß am kommenden Dienstag in der angekündigten Landtags-sitzung, in der bekanntlich Dr. Zeigner seine Beschwerde gegen Gehler, gegen die Reichswehr und ihre angebliche Verbindung mit Geheimbünden besprechen sollte, diese Fragen zur Erörterung kommen. Die beiden Linksparteien haben auf diese Mitteilung erklärt, daß sie nur der Gewalt weichen würden. Man sieht daher der Dienstsitzung mit ungeheurer Spannung entgegen.

Hitlers neues Heftblatt.

München, 6. Oktober. An Stelle des verbotenen „Völkischen Beobachters“ gibt nunmehr der deutsche Kampfbund das „Heimatland“ heraus, das von nun ab als Wochenblatt erscheint.

Worauf internationale Sozialisten stolz sein müssen.

Wien, 6. Oktober. (Eigenbericht.) Der tschechische Nationalausschuß hat, wie die „Demokratische List“ berichtet, vorgestern auf Antrag der Nationalsozialisten beschlossen, den sozialdemokratischen Obmann, den Landtagsabgeordneten Machat, seiner Funktion zu entziehen. Aus dem hat der Nationalausschuß einen Aufruf an die Tschechen erlassen, worin er die tschechischen Sozialdemokraten, weil sie in den Wahlen mit den deutschen Sozialdemokraten zusammengehen, beschuldigt, sie hätten „die Nation verraten“ und seien der tschechischen Minorität in den „Müden gefallen“.

Der Arbeitsdom.

Von Rudolf Hilferding.

„Bis der Kanonendonner verflingt und der Rauch des Schießpulvers im Winde verfliegt, wird der erste Gedanke der erwachenden und ihre Waffen formwandelnden Söhne menschlicher Mütter das Heil des Menschengeschlechtes sein. Dieser Gedanke wird sich dann selbst durch eigene Kraft der großen und einzigen Unerlöschlichkeit des Weiterlebens auf Erden Gefäß verschaffen. Er wird den Arbeitsdom erbauen, nicht aber in den Menschenseelen, sondern auf der Erde durch die Arbeit der Menschheit und der Gehirne zum Wohle aller leidenden Menschenjelen.“

So idealistisch stellte sich Genosse Jug. Heinrich Fleischer im Juni 1918 das Ende des Weltkrieges vor. Er sah das kommen einer Zeit, in welcher die Arbeit, frei von den Fesseln des Kapitalismus, etwas Freudiges und Schönes sein wird, eine Zeit, in welcher aus dieser Arbeitsfreude eine neue Menschenreligion erwächst. Der intelligente und talentierte Ingenieur (Chemiker), Schriftsteller und Vorstand der Sozialisierungsabteilung im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag Genosse Heinrich Fleischer, welcher am 14. August vorigen Jahres im Alter von 42 Jahren an einem Gehirnschlag starb, sang in seinem großen zweibändigen Werke „Ehran prace“ („Der Arbeitsdom“) wie ein Dichter einen Hymnus der siegreichen Arbeit. Er war Sozialist im schönsten Sinne des Wortes, sein Sozialismus war ihm das Erhabene, wozu die Menschheit strebt. Er betrachtete als Fachmann die Fortschritte der Technik und sein Wunsch war, daß sie Gemeingut der Menschheit werden. Deshalb verlangte er, daß

die künftige Internationale als mächtige Institution der sozialistischen Bewegung sich auch um den Fortschritt kümmere, damit die Ergebnisse der technischen Forschung von der Fessel des Kapitalismus befreit werden.

Genosse Fleischer gab einem „Arbeitsdom“ den Untertitel eines sozialistischen Lehrbuches. In der Vorrede zu diesem Werke betont er auch, daß er sein Ideal aus der Geschichte der Menschheit abgeleitet habe. Durch die Erkenntnis der Entwicklung der menschlichen Arbeit und ihrer Bedeutung für das Glück der Arbeitenden gelangte er zum Glauben, daß der einzige Weg, durch welchen man die Lebensfähigkeit des Menschen erhöhen kann, in der Durchsührung der sozialistischen Ideen liegt. Der Sozialismus war es, welcher ihn von der Last der Fragen nach dem höheren Sinne seines Lebens befreite. Die Technik jedoch sollte die Menschheit dem Sozialismus näherbringen, und sie vom Kapitalismus erlösen.

„Der Arbeitsdom“, das erste Essay des gleichnamigen Buches, zerfällt in mehrere Abschnitte: „Die Geburt der Arbeit“, in welcher die Tätigkeit der primitiven Völker, „Die Verklärung der menschlichen Arbeit“, in der die Unterjochung der Menschen durch Starkeren behandelt wird. Diese „Starkeren“ besitzen ihre Kraft entweder infolge ihres größeren biologischen, politischen oder sonstigen Einflusses, in erster Linie jedoch vermöge ihrer technischen Erfindungen und Kenntnisse. Daraus folgt „Das Wesen des Kapitalismus und die revolutionäre Kraft der Produktionsmittel“ und „Die Ausnützung der Naturkräfte durch die Technik“.

„Die wissenschaftliche Arbeitskirche“ ist der fünfte Abschnitt betitelt. „Die alte Internationale hatte keine Mittel in der Hand, um den Krieg

zu verhindern. Sie war nur pazifistisch und ihre Friedensliebe entschuldigt den Irrtum so mancher Heißsporne, welche in Ueberhäufung der Organisationen und ihrer revolutionären Mittel glaubten, die Internationale werden den Krieg vereiteln können. Die künftige Arbeitsinternationale dagegen muß mit der Zeit zum ersten Faktor bei der Verhinderung der Kriege werden, sie muß eine ernste Autorität sein, eine Kirche der mordernen Zeit, eine Religion der technischen Kultur, die an die Stelle der alten positiven Religionen treten soll. Jed: Arbeit, welche die Schaffung irgendwelcher allgemein nützlicher Werte bedeutet, ist heilig und deshalb muß der internationale Sozialismus als Organisation aller Arbeitenden zur Religion der Menschheit des 20. Jahrhunderts werden.“

Bei der allgemeinen Konferenz der Gewerkschaften der englischen Labour Party im Jahre 1917 wurde beschlossen, einen Vertrag zur Gründung eines Arbeitsdomes, in welchem Versammlungen der internationalen Delegierten der Arbeiterparteien stattfinden sollen, zu beschaffen. Durch den Arbeitsdom soll der Grundstein zur internationalen Politik der Arbeiterinternationale nach dem Kriege gelegt werden. Wie der Friedenspakt im Haag der Veröhnung der verschiedenen Interessen des kapitalistischen Staates, durch welche der Arbeit hervorgehoben wurde, dienen soll, so soll der Arbeitsdom die Achtung vor der Arbeit als Grundstein des ewigen Friedens der Menschheit verschaffen. Das einzige, was (wie heute das Vermögen) in der Zukunft geehrt werden soll, wird die körperliche und geistige Arbeit sein. Die allgemeine Arbeitspflicht ist die erste Folge dieser Revolution. Die Pflicht eines jeden gesunden Menschen, an den gemeinsamen Flehen der Weltwirtschaft zu arbeiten, verwandelt das Leben und die Arbeit in eine originelle, unzertrennliche Ein-

heit und ändert von Grund auf die Gestalt der heutigen kapitalistischen Welt, wo die einen arbeiten, um hiedurch den süßen Mühsang der anderen, der starken Individualitäten, zu ermöglichen. Die allgemeine Arbeitspflicht ist die erste Bedingung der weiteren Entwicklung der menschlichen Kultur. Der Arbeitsdom soll den Mittelpunkt dieser neuen Kultur und Zivilisation, der neuen sozialistischen Kirche der Arbeitsreligion sein.“

In diesem Arbeitsdom wollte Gen. Fleischer nicht nur eine Versammlung der Vertreter der Demokratien aller Nationen und Staaten, sondern insbesondere das Zentrum der Friedensfähigkeit der Menschheit, gleichzeitig aber auch den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Forschung zur Befreiung nationaler und internationaler Mißverständnisse sehen. Beim Arbeitsdom sollte eine Spezialanstalt errichtet werden, an der die besten wissenschaftlichen Forscher der Welt lebenslanglich tätig wären, um — unterstützt von der Internationale — durch die Forschung die Erfindung der Technik und Naturwissenschaft die Befreiung der Menschheit von der Arbeitsklaverei zu beschleunigen.

Genosse Fleischer sah voraus, daß nach dem Kriege die volkswirtschaftlichen Fragen die wichtigste Rolle in der Welt spielen werden. Er wies darauf hin, daß dann ein Friedensvertrag kommen müsse, in welchem über Zölle, Verkehr, Rohmaterialien und Arbeiterschutz sehr viel gesprochen werden wird. Wenn wir vor dem Kriege einen internationalen Arbeiterschutz besaßen, müssen wir nach dem Kriege umso mehr eine internationale Sozialpolitik haben. Der Arbeitsdom würde auch die Entwicklung des internationalen Arbeiterschutzes verfolgen und die bisherige Arbeit fortsetzen. Er beantragte deshalb, daß das internationale Arbeitsamt dem Arbeitsdom angegliedert werde, um die Verhältnisse in allen Industriean-

Ende des Bergarbeiterstreiks.

Kollektivvertrag bis Ende Mai. — Lohnreduktionen von 9 bis 13 Proz. — Keine Bestrafung infolge des Streikes. — Der Streit keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. — Inbetriebnahme der Gruben. — Einvernehmen mit den Betriebsräten.

Prag, 6. Oktober. Nach siebenwöchiger Dauer ist es im Bergarbeiterstreik heute in den frühen Morgenstunden zu einer Einigung gekommen. Die Konferenzen im Arbeitsministerium, die gestern um 7 Uhr nachmittags begonnen haben, dauerten unter Vorsitz des Ministers Erba bis 3 Uhr früh. Nach langen Verhandlungen legte der Minister einen neuen Vermittlungsvorschlag vor, den die Arbeitervertreter und die Vertreter der Bergwerksbesitzer als annehmbar erklärten. Ueber die Einigung wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

In der am 6. Oktober 1923 nachts im Ministerium für öffentliche Arbeiten stattgefundenen Verhandlung zwecks Beendigung des Konfliktes in den Kohlenrevieren wendete sich der Minister für öffentliche Arbeiten an beide Parteien mit der dringenden Aufforderung, im Interesse der Beendigung des Streikes, welche gleichzeitig im allgemeinen öffentlichen Interesse liegt, nachstehende Grundzüge als Unterlage der Regelung anzunehmen:

Die Lohnverträge werden in allen weiter angeführten Revieren bis Ende Mai 1924 abgeschlossen.

Die Kündigungsfristen bestehen, wie sie bisher in den einzelnen Revieren üblich waren, derart fort, daß das Ende dieser oder jener Kündigungsfrist für die nächste Aufhebung des Arbeitsvertrages mit dem 31. Mai 1924 eintritt.

Bis zu diesem Termine werden die Bedingungen der bisherigen Arbeitsverträge als auch die sonstigen bisher gültigen Arbeitsbedingungen — ausgenommen im Falle der beiderseitigen Einigung — nicht geändert.

Der Umfang der Lohnreduktionen, welche derart durchgeführt werden, daß die Herabsetzung in dem festgesetzten Verhältnis bei sämtlichen geldlich ausgedrückten Löhnen, Gehältern und Zulagen vorgenommen wird, beträgt in den einzelnen Revieren:

Braunkohlenrevier	
Břitý—Teplic—Komatou	10 %
Karlsbad	10 %
Steinkohlenrevier	
Ostrau—Karwin	13 %
Mladno—Záhran	9 %
Koštitz	12 %
Bílá	12 %
Šumperk—Schwadowitz	12 %

Für die Kleinreviere Ratowitz, Záhran, Bílá, des Revieres Stutenberg und Briun wird eine Einigung im Einvernehmen der Parteien anempfohlen. Dasselbe gilt auch für die Kohlenreviere in der Slowakei.

Wegen des Streikes wird seitens der Betriebsleitungen niemand bestraft oder aus der Arbeit entlassen.

Die durch den Streik veräußerten Schichten werden als entschuldigt betrachtet und bedeuten keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

Die Arbeiterschaft wird je nach dem, wie dies der Zustand der Gruben und der Fortschritt der zur normalen Inbetriebnahme erforderlichen Arbeiten zuläßt, berufen, wobei im Einvernehmen mit den Betriebsräten vorgegangen wird.

Die Arbeit muß am 8. und 9. Oktober 1923 angetreten werden. Jenen Arbeitern, die nicht

rechtzeitig von der Beendigung des Streikes verständigt werden können, wird diese Frist bis zum 11. Oktober 1923 erstreckt.

Beide Parteien verpflichteten sich, daß bis zum 23. Oktober 1923 die Kollektivverträge in allen Revieren gemäß dieser Vereinbarung abgeschlossen werden. Einigen sich die Parteien bis zu dieser Zeit nicht, wird die in dieser Vereinbarung enthaltene Reduktion der Löhne bei sämtlichen geldlich ausgedrückten Posten durchgeführt.

Jenen Arbeitern, welche während des Streikes gearbeitet haben, können niedrigere Löhne, als die in dieser Vereinbarung ausgedrückten, nicht bezahlt werden.

Der Minister für öffentliche Arbeiten erklärt, wenn die am 6. Oktober 1923 tagende Reichskonferenz der Bergarbeiter diesen Antrag unverändert annimmt und den Gesamistreik der Bergarbeiter als beendet erklärt, daß er die Annahme dieses Antrages auch von Seiten der Unternehmer garantiert.

An die Bergarbeiter der Tschechoslowakischen Republik!

Die Zentralstreikleitung empfiehlt über Beschluß der am 6. Oktober 1923 tagenden Reichskonferenz die Annahme des erzielten Verhandlungsergebnisses und die Aufnahme der Arbeit an dem festgesetzten Termin.

Das Ergebnis unseres siebenwöchentlichen, heldenmütigen Kampfes, der seinesgleichen in der Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder sucht, ist freilich nicht ein voller Sieg. Wer hat ihn erwartet und worin sollte er bestehen? In der Zeit einer wirtschaftlichen Depression, die nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern in ganz Europa besteht, in der Zeit der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben die Bergwerkskapitalisten über Kommando des Industriellenverbandes den Angriff auf die Bergarbeiter wohl vorbereitet ins Werk gesetzt.

Den Bergwerksbesitzern und Industriellen ist es zeitweilig sogar gelungen, unter der Devise „Kohlenpreisabbau“ die Regierung für ihre Pläne zu gewinnen.

Die Unternehmer wollten diesmal den entscheidenden Schlag gegen das Volkwerk der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakischen Republik, gegen die koalitierten Bergarbeiterverbände führen. Anshungern und zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen war das Ziel des Unternehmerkampfes: 30 Prozent Lohnabbau in dem einen, 24 Prozent in den anderen Revieren. Dieser Angriff wurde abgelehnt. Die Kollektivverträge in allen Revieren bleiben gesichert. Der Streik hatte außerdem eine durchgreifende Herabsetzung der Kohlenpreise zur Folge, die dadurch den Kohlenhöfen erlitten hat. Weiter tritt eine wesentliche Herabsetzung des Kohlenpreises ein, die bessere Bedingungen des Wirtschaftslebens erwarten läßt.

In dem Buche ist auch eine interessante literarische Anprovision „Geistes in Rom“ enthalten, welche es allein schon verdienen würde, ins Deutsche übersetzt zu werden. Dann folgen „Die Ziele der wissenschaftlichen Arbeitsführung“, welche darin bestehen, durch die minimale Anstrengung das Maximum des Wohles für die Arbeitenden zu erreichen, „Der Techniker im Kriege“ und „Der Techniker nach dem Kriege“. Im „Dialog über den Arbeitswert“ disputieren ein sozial denkender Fabrikbesitzer, ein konservativer Fabrikdirektor, ein Beamter und ein Arbeiter über soziale Fragen und zum Schluß wandelt der ideale Fabrikant sein Unternehmen in eine Arbeiteraktiengesellschaft mit Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten um, indem er ihnen Aktien übergibt. Im Epilog „Brief an einen Dichter“ verteidigt er seine positivistische Weltanschauung, seine Liebe zur Arbeit und seine Arbeitsfreude.

Ein anderes größeres Werk Fleischner's ist die früher als „Der Arbeitsdom“ erschienene „Technische Kultur“ („Sozialphilosophische und kulturpolitische Betrachtungen über die Geschichte der technischen Arbeit“). Im Vorwort zu diesem Buche drückt Fleischner seine Ansicht über den Lebenszweck in folgenden Worten aus: „Das Höchste, was ein Mensch in seinem kurzen Leben erreichen kann, ist, ein wenig auch noch so kleiner Faktor in dem großen, hervorragenden Kunstwerk der menschlichen Kultur zu werden und dadurch das böswillige egoistische Tier in sich selbst zu überwinden.“ „Der einzige und Selbstzweck der Technik, der weder mit der Kunst, noch mit der Wissenschaft oder mit sonstwelchem Kulturstreben etwas Gemeinsames hat, ist“, wie Fleischner in der letzten Abhandlung dieses Buches („Der Ingenieur in der Gegenwart und Zukunft“) sagt, „die Erreichung eines göttlichen Zustandes der Menschheit.“

Der Verlauf der Reichskonferenz.

Die Vereinbarung mit 62 gegen 9 Stimmen angenommen.

Prag, den 6. Oktober 1923. Die Reichskonferenz der Bergarbeiter hat heute vormittags um zehn Uhr begonnen. Sie war von 73 Delegierten aller Reviere und Organisationen besetzt. Den Vorsitz führten die Genossen Jarolim und Pizarovic, die Referate erstatteten die Genossen Prozil und Pohl. Nach den beiden Referaten hielten die Vertreter der einzelnen Reviere Besprechungen ab, worauf die Delegierten der Reviere im Plenum der Reichskonferenz ihre Stellung bekanntgaben. Mit Ausnahme der Vertreter Ostraus haben die Delegierten aller Reviere erklärt, für die Annahme der Vereinbarungen einzutreten. Unter den Delegierten des Ostrauer Reviers war die Meinung geteilt, ein Teil der kommunistischen Vertreter erklärte, für den Antrag nicht stimmen zu können. Die Abstimmung ergab, daß die Vereinbarung mit 62 gegen 9 Stimmen angenommen wurde. Nach der Abstimmung erklärten diejenigen Delegierten, die gegen die Annahme gestimmt haben, daß sie sich den Beschlüssen der Reichskonferenz fügen werden.

Freilich ging der Kampf nicht ohne Lohnreduktionen ab, aber die Unternehmer bekamen in allen Revieren weniger als die Hälfte des von ihnen beantragten Lohnabbaus, sie müssen diesen Lohnabbau mit einer achtmonatlichen Verzugsdauer und mit großen Gewinnverlusten, die während des Streikes durch die Exportgewinne zu erzielen gewesen wären, begahen.

Bergarbeiter! Nachgenossen! Die Zentralstreikleitung und die Revierstreikleitungen haben kein Kampfmittel unversucht gelassen, alle gewerkschaftlichen Kampfmittel erschöpft, um unserem Kampfe zu einem guten Ausgang zu verhelfen. Die übrige Arbeiterschaft unseres Staates konnte uns insolge der Wirtschaftskrise nicht so in dem Maße helfen, wie sie es in einer guten Konjunktur getan hätte und wozu sie ausnahmslos bereit war.

Nach reichlicher Ueberlegung dieser Tatsachen empfiehlt daher die Reichskonferenz allen Revierkonferenzen die Annahme des Verhandlungsergebnisses und die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Reichskonferenz erwartet, daß mit derselben Einmütigkeit, mit derselben Disziplin und Geschlossenheit, mit der die Arbeiter ihren Kampf angetreten haben, sie ihn auch beenden und die Arbeit zu dem vereinbarten Termin antreten werden.

Für den Abschluß des Streikes, dessen müßen die Bergarbeiter eingedenk sein, war auch mit maßgebend, daß weit über zehntausend Bergarbeiter, die keinem der koalitierten Bergarbeiterverbände als Mitglieder angehören, keinerlei finanzielle Hilfe während des Streikes erhalten konnten. Die Reichskonferenz dankt auch diesen Bergarbeitern für ihre Solidarität und für das im Interesse unseres Kampfes gebrachte Opfer genau

Außer einigen kleineren Schriften verfaßte Fleischner noch „Die Sozialisierung in der Praxis“, „Die Entwicklung zur Arbeit“, „Der Arbeiter und die industrielle Produktion“. Er gab auch eine polemische Schrift gegen den Kommunismus von Obradot heraus („Der Dichter und der Ingenieur“), in welcher er gegen die kommunistische Phrasenpolitik den Standpunkt der Sozialdemokratie verteidigte. Auch als Uebersetzer betätigte sich Genosse Fleischner. Er übersetzte ins Tschechische Goethes „Wahlverwandtschaften“, „Die Harmonie der Seele“ von Karl Lambert, „Marx und Lenin“ von W. Mautner, „Die Götter dürsten“ von Anatol France, „Der Immoralist“ von André Gide. Aus dem Tschechischen ins Deutsche übersetzte er das kulturhistorische Werk „Abend Wirth's „Luttenberg in Böhmen“, einige Gedichte von Ottokar Brezina, welche in der „Tschechischen Revue“ veröffentlicht wurden und die Gedichtsammlung F. S. Machar's „Golgotha“. Letzteres Werk, an welchem Fleischner mehrere Jahre gewissenhaft arbeitete, befindet sich in seinem Nachlaß im Manuskript und harret noch der Herausgabe.

Durch das Ableben des Genossen Ing. Heinrich Fleischner hat sowohl die tschechoslowakische Sozialdemokratie, als auch die tschechische Literatur, Philosophie und Technik einen bedeutenden Verlust erlitten. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten errichtet diesem seinen hervorragenden Beamten ein Denkmal, welches heute am 7. Oktober auf dem jüdischen Friedhof in Jicin errichtet werden wird. Aber ein noch dauerhafteres Denkmal ist der „Arbeitsdom“ und alle die herrlichen Gedanken, die in diesem und den anderen Werken des Genossen Ing. Fleischner niedergelegt sind.

so wie allen übrigen kämpfenden Bergarbeitern und verbindet diesen Dank mit der dringenden Mahnung, die Lücken der Organisation rasch auszufüllen, damit acht Monate später das Grubenkapital, das heute in seinen wesentlichen Forderungen glatt zurüdgeflogen wurde, doch nicht über die Bergarbeiter triumphiert! Ungebrochen an Kampfeswillen treten die Bergarbeiter in die Gruben zurück, in der festen Absicht, ihre Organisationen auszubauen und auszugestalten, um den künftigen Kämpfen gewappnet gegenüberzutreten!

Prag, am 6. Oktober 1923.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Inland.

Von „Vorwärts“ nach rückwärts.

Daß der jüngste kommunistische Kreisparteitag in Reichenberg eine flogliche Zeremonie war, haben wir — an Hand des „Vorwärts“ — unüberleglich festgestellt. Bei Beurteilung der letzten Reichsberger kommunistischen Frauen-Kreis-Konferenz oder kommt man, wenn man sich wiederum an den „Vorwärts“ hält, mit der Bezeichnung „Zeremonie“ nicht mehr aus. Dort gab es regelrechtes Gewinsel. Doch lassen wir den „Vorwärts“ selber sprechen: Die Referentin Jindra sagte eingangs ihrer Rede:

„Genossinnen, wir haben heute viele Frauen verloren und wir dürfen uns nicht sagen, daß das ganz allein an der Wirtschaftskrise liegt.“

Damit straft Frau Jindra den „Vorwärts“ im „Vorwärts“ Lügen. Denn in derselben Nummer behauptet das Blatt, daß es sich nur um „die insolge der schweren Wirtschaftskrise erlittenen organisatorischen Rückschläge“ handelt. — Den Schluß des Referats der Frau Jindra gibt der „Vorwärts“ mit folgenden Worten wieder:

„In Reichenberg haben wir weibliche Mitglieder verloren. In Krájan allerdings ist das Umgekehrte eingetreten. Dort haben wir, als dem einzigen Bezirk, 32 Neuaufnahmen an weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen. Friedland, Böhmen, Leipzig, Hamburg, Deutsch-Walch, Goblitz, Mühlengräß haben ebenfalls verloren. Wenn wir die Ziffern überprüfen, müssen wir uns sagen, daß wir von nun an wieder anders arbeiten müssen. Die Genossinnen werden uns jetzt aus einzelnen Bezirken berichten.“

Also Krájan bildet mit 22 Neuaufnahmen die rühmliche Ausnahme im ganzen Kreisgebiet, wo überall Rückschläge zu verzeichnen sind. Als Achtung vor diesem Erfolg der Revolutionsierung der Geister! — Dann aber begann erst das große Lament der Berichterstatterinnen aus den einzelnen Bezirken. Wir zitieren wieder den „Vorwärts“:

Spener (Reichenberg): „Es gibt eigentlich von uns sehr wenig zu berichten. . . . Festzustellen wäre, daß die Frauen an jenen Diskussionsabenden mehr Gefallen hatten, in welchen über unterhaltende Sachen gesprochen wurde. Darüber muß gesprochen werden. In unseren Zusammenkünften müssen erheiternde, unterhaltende Vorträge mehr in den Vordergrund gehoben werden. Den Genossinnen ist ja doch kein Mittel zu schlecht, um die Frauen für sich zu gewinnen. Besonders die Christlichen arbeiten sehr gut. Wir dürfen kein Mittel scheuen.“

Wie machten sich doch die Kommunisten vor ein, zwei Jahren über jede gefellige Zusammenkunft von Sozialdemokraten lustig! Nun propagieren sie für ihre politischen Frauenversammlungen „erheiternde“, „unterhaltende“ Vorträge, um so wenigstens den Rest der Frauen bei ihren Organisationen zu erhalten. Und zum Beispiel nehmen sie sich — die Christlichsozialen; die jesuitische Maxime von den durch den Zweck geheiligten Mitteln ist die Parole der Reichsberger geworden. Wiederrum müssen wir ausrufen: Welche Revolutionsierung der Geister! Doch hören wir, was der „Vorwärts“ weiter berichtet:

Medzigel (Gablitz): „Ich kann Ihnen leider auch nur einen sehr provisorischen Bericht bringen.“

Uebig (Krájan). (Dies der beste Bezirk. Red. d. „Sozial.“): „Mein Bericht aus dem Bezirk Krájan ist leider ebenfalls nicht so vollständig, wie er sein sollte, da unser Material erst heute eingelangt ist.“

Da Klapp's, was?

Hünigen (Hermisdorf): „Ich muß ebenfalls sagen, daß der Bericht nicht so glänzend ausfällt, wie er vielleicht sein sollte. . . . Ich kann bestimmt behaupten, daß es wenige Genossinnen gibt, die aktive Arbeit leisten. In Händorf war eine große Frauenorganisation, aber sie ist ganz und gar zerfallen; es ist dort keine Genossin mehr, die aktiv arbeiten würde.“

Dazu also die Spaltung, die Verleumdung der Sozialdemokraten, die täglichen Hetzen und Parolen! Große, starke Organisationen — nicht sozialdemokratische, kommunistische Organisationen — zerfielen. Keine Genossin, die aktiv mitarbeiten würde! Kann man das Unglück, das die Kommunisten dem Proletariat gebracht, besser charakterisieren, als sie es hier selber besorgen?

Noch zwei Referentinnen wollen wir, wörtlich nach dem „Vorwärts“, vom ersten bis zum letzten Buchstaben sprechen lassen:

Bäcker (Kumburg): „Vor vier Wochen haben wir eine Genossin bestimmt, damit sie die Arbeiten der Genossin Wänzberg, die nicht mehr mitarbeitete, übernehme. Wir haben auch Diskussionsabende, und zwar alle Wochen, veranfaßt. Die Frau bestimmte Genossin konnte in der kurzen Zeit noch keinen Ueberblick bekommen.“

Steiler (B.-Leipa): „Von B.-Leipa kann ich nichts berichten. Die Genossin Schreiber, welche den Bericht zu erstatten hätte, ist nicht gekommen, weil sie behauptet, sie sei nicht eingeladen worden. (Linda: In einer Kreisbesprechung ergeben keine separaten Einladungen!) Die Frauen sind, obwohl wir uns sehr bemüht haben, sie in kommunistische Versammlungen zu bringen, wenig gekommen. Frauenkonferenzen wurden nicht abgehalten.“

Die herbe Kritik verstummt. Das trostlose Bild, das diese Konferenz der Frauen aus der kommunistischen Hochburg bietet, erfüllt uns mit Schmerz über die Wirkung der kommunistischen Spaltung und Taktik. Die klassenbewußten Arbeiterinnen des Reichenberger Gebietes, die Avantgarde der Frauenbewegung, dem Indifferentismus, der Gleichgültigkeit in die Arme getrieben, abgestumpft und angewidert durch die Tätigkeit der Kommunisten. Zweifellos ist das Bild noch trauriger, als es der „Vorwärts“ wiedergibt. Bei ihm, bei den Reichenberger Kommunisten ist an Einsicht nicht zu denken. Festo sicherer wird sie bei unseren früheren Genossen und Genossinnen aus dem Reichenberger Gebiet eintreten.

Eine mittelalterliche Stundgebung Slinkas.

Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der slowakischen Volkspartei hat eine Stundgebung beschlossen, in deren unkonfiszierteren Teilen es heißt: „Der Klub der Abgeordneten und Senatoren dankt Gott für das Geschenk der Erleuchtung mit dem Heiligen Geiste, welches er der slowakischen Nation in den Tagen der letzten Wahl ließ und beschließt, daß am 15. Oktober der Herr Vorsitzende Andreas Slinka in Preßburg ein sei erliches Dankhochamt Gottes liest. Weiter fest der Klub den 12. Oktober als nationalen Trauertag zur Erinnerung an alle Gefallenen in der Slowakei ein, die im Kampf für die slowakische Nation ihr Leben ließen. In diesem Tage findet in Preßburg eine Denkmalsentwässerung und Trauergottesdienste statt. Der Klub teilt mit, daß er die Regierung auffordert, abjudanken und möglichst bald Parlamentswahlen auszusprechen, denn die Gemeinde- und Gemeinwahlen haben klar gezeigt, daß sowohl die heutige Regierung, als auch das heutige Parlament und die ganze zentralistische Verfassung in der Slowakei ihre Daseinsberechtigung verloren haben. Der Klub macht die verantwortlichen Faktoren im Staate aufmerksam: Es ist höchste Zeit, die slowakische Nation und den Pittsburg Vertrag anzuerkennen und besonders Steuererleichterungen zu gewähren. Der Klub verwahrt sich energisch gegen die Absichten, die am letzten evangelischen Kongress in Prag zutage getreten sind, hinsichtlich der Konfiskation von Kirchengütern und der Mitbenützung katholischer Kirchen. Der Klub zeigt an: Zum Führer und Schützer unserer Partei wählen wir den Heiligen Erzengel Michael, unter dessen Regide wir arbeiten und kämpfen wollen für das Recht der slowakischen Nation, für die christliche Religion, für ein würdiges Dasein aller Stände im Rahmen der tschechoslowakischen Republik.“

Diese Stundgebung beleuchtet grell das in der Slowakei herrschende mittelalterliche Dunkel. Warum die Slowakischler gerade den Erzengel Michael zu ihrem Führer gewählt haben, ist geradezu unerklärlich. Vielleicht deshalb, weil er nach dem Alten Testament (Dan. 10, 13, 21, 12) Schutzengel des jüdischen Volkes ist und als solcher dem Sammael gegenübergestellt wird. Die Stundgebung hat aber auch eine politische Bedeutung dadurch, daß die slowakischen Volksparteiler neuerlich betonen, im „Nahmen“ der tschechoslowakischen Republik verbleiben zu wollen. Es würde dieser Passus den in der letzten Zeit aufgetauchten tschechischen Blätterstimmen, nach denen die Slinkakate nunmehr eine gemäßigte Politik beginnen werden, Recht geben. Wer weiß, wohin sie ihr neuer Führer, Erzengel Michael, noch lenken wird.

Eine Sitzung des Ministerrats, die am gestrigen Nachmittag stattfand, befaßte sich mit dem Konflikt im Bergbau, sowie mit den Wahlergebnissen. Dem Ministerrat soll, wie wir erfahren, bereits die vom Innenministerium ausgearbeitete Wahlstatistik vorgelegen sein. Die Ziffern dieser Wahlstatistik sollen sich im allgemeinen mit den Ziffern, die vor einigen Tagen die Prager „Referat“ gebracht hat, decken. Die Statistik unterscheidet sich aber von der „Referat“ dadurch, daß die sogenannten „Lokalen Gruppen“ nach ihrem Parteikarakter hin detailliert werden. In der Sitzung wurden sodann die Absätze im Budget beraten, die besonders beim Kapitel „Unterrichtsministerium und Gesundheitsministerium“ vorgenommen wurden. Nachdem sich der Ministerrat noch mit der kommenden Parlamentssession befaßte, besprach der Minister des Inneren Dr. Benesch die Ergebnisse der Genfer Völkervereinigung und behandelte sodann die auswärtige Lage

insbesondere mit Berücksichtigung der Ereignisse in Deutschland.

Von der Arbeit der Zensoren. Die gestrige Nummer unseres Karlsbader Parteiblattes „Volkswille“ verfiel der Beschlagnahme, weil das Blatt über einen unerhörten Vorfall, der Zeugnis vom einseitigen Vorgehen der Regierung im Bergarbeiterstreik und von ihrer Parteinahme für die Grubenbarone ablegen sollte, berichtete. Die Notiz ist von der Titel- bis zur Schlusszeile ausgeweicht worden. Trotz dieser Presseschikanierung wird aber der Innenminister gezwungen werden, sich wegen des Verhaltens der staatlichen Behörden zu den Bergarbeitern zu verantworten.

Eine Tagung der Parteivertretung der tschechischen Sozialdemokratie findet am Sonntag, den 21. Oktober in Prag statt. Auf der Tagesordnung befinden sich Berichte über die Gemeindevahlen (Referat Abg. Aker), über die politische Situation und das weitere Vorgehen der tschechischen Sozialdemokratie (Referent Minister Bohn) und über die kommende Parlamentssession (Referent Dr. Meißner).

Tages-Neuigkeiten.

Alter und Alkohol. Abgeordneter Genosse Dr. Holitscher schreibt uns: „Zu der vom „Sozialdemokrat“ schon einmal mit treffenden Worten gekennzeichneten und verspotteten „Statistik“ des „Montagsblattes“, die angeblich beweisen soll, daß Säuser länger leben als Abstinente, sei folgendes bemerkt. Diese Statistik stammt aus den Jahren 1885-87; sie wurde damals im Auftrage der „British Medical Association“ von einem Arzte Dr. Owen durchgeführt und umfaßte 424 Todesfälle, die von Mitgliedern der Association gesammelt worden waren. Sie hat allerdings das Ergebnis gehabt, daß unter den verschiedenen Todesfällen das Durchschnittsalter beim Tode der Abstinente niedriger war als bei den anderen Gruppen; aber schon Dr. Owen selbst hat sich bis zu seinem Lebensende gegen die falsche Folgerung gewehrt, daß deshalb die Abstinente früher sterben als die Trinker, weil das auf einer Verwechslung des Durchschnittsalters verschiedener Gruppen mit der mittleren Lebensdauer beruht. Ein Vergleich wird das am besten beleuchten. Kein Mensch wird sich darüber wundern, daß das Durchschnittsalter der Gymnasten niedriger ist als das der Geheimräte; und jeder würde ausgelacht werden, der daraus den Schluß zöge Gymnast sei ein gesünderer Mensch als der Geheimrat. Das Durchschnittsalter einer Gruppe, die jüngere Menschen umfaßt, muß selbstverständlich auch niedriger sein. So war es in jenen Jahren mit den Abstinente in England; die Bewegung war neu, es schlossen sich ihr jumeist junge Leute an, sehr alte gab es so gut wie gar nicht unter den „Abstinenten“, wie die Abstinente in England hießen. Das ist die einfache Erklärung der „eigenartigen Feststellung“. Dr. Owen hat, wie erwähnt, wiederholt gegen die tendenziöse Verfälschung seiner Statistik protestiert, so im März 1889 im „British Medical Journal“ und am 7. Intern Hygienekongress in London; es hat ihm nichts genützt, das Alkoholkapital hat immer wieder die feile Presse damit gefüttert. Auf der Hygienischen Ausstellung zu Dresden 1911 war sie im Brauereipavillon zu lesen; ein vor dem Kriege in Deutschland weit verbreitetes Plakat „Tröst für Reicher“, das in manchen Städten von der Polizei konfisziert wurde, enthielt sie auch. Und wie wir sehen, gibt es immer noch Zeitungen und Zeitungsleser, die dumm genug sind, dem Brauereipavillon aufzusitzen.“

Schwindelrelame Die „Konsumgenossenschaft“ schreibt: Eine Schokoladenfirma hat eine Bräunenschokolade herausgebracht, wobei in einem Teile der verpackten Tafeln die glücklichen Käufer Banknoten von K 100.—, 50.—, 20.—, 10.— usw. finden sollen. Abgesehen davon, daß eine Kontrolle über die Beigabe von Banknoten in der Schokolade die Käufer gar nicht ausüben können, kostet die Schokolade dreimal soviel, als eine gleichqualitative ohne Banknoten. So raufen die Fabrikanten um die Kundenschaft und forumpieren die Besonnenheit des Konsumenten, der die Schokolade nicht um der Schokolade willen, sondern um der Illusion eines Geldgewinnes wegen kauft. Daß er draufzahlt, wird ihm in den wenigsten Fällen bemerkt. Auch dieses kleine Beispiel beleuchtet unsere Wirtschaftsordnung, in der ohne jede Planmäßigkeit erzeugt wird, so daß man eine Art Lotterie veranstalten muß, um eine Ware abzusetzen, welche ohne geldliche Verheißungen wahrscheinlich nicht an den Mann zu bringen wäre.

Ich bin ein Strid... In der gestrigen Nummer des „Prager Tagblatt“ befindet sich unter sonstigen Kuppelinschriften auch folgende Annonce:

Ich bin

ein Strid, der nichts ist, nichts kann und nichts hat. Gibt es eine Dame, die es magt, mir den Kopf zart zurechtzusetzen? Chiffre „Beste Kreise“, Prag...“

Er ist, kann und hat nichts. Nur sein Körper steht ihm zur Verfügung und den will er entsprechend verwerten. Nicht etwa dadurch, daß er eine Arbeit annimmt; dazu dünkt sich der Strid aus den „besten Kreisen“ natürlich zu „gut“. Nein, nein; er macht das schlauer: er geht in die Verwaltung einer bürgerlichen Zeitung und kauft sich für ein paar Kronen einen Platz, auf dem er seinen nichtsnutzigen Körper „zarten“ Damen aus den „besten“ Kreisen anbieten kann. Er hat nichts

gelernt, hat keinen Beruf, will auch nicht arbeiten, lebt also wie ein „besseres“ Tier. Aber die Tatsache, daß er ein Tier ist, benützt er, um davon zu leben. Dieser Strid scheint uns in der bürgerlichen Presse gut aufgehoben zu sein.

Deutscher Wohnungsfürsorgetag. Der Verein „Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge i. d. tsch. R.“ veranstaltet am Samstag, den 13. und Sonntag, den 14. Oktober 1929 in Komotau, Sitzungssaal des Stadthauses, den ersten deutschen Wohnungsfürsorgetag und seine ordentliche Vollversammlung. Beginn Samstag drei Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen Beratungen über das Wohnungs- und Siedlungswesen und Vorträge, insbesondere ein Eröffnungsvortrag des bekannten Fachmannes Oberbaurat Prof. Theodor Bach und des Vorkämpfers der deutschen Gartenstadtbewegung, Regierungsrat Prof. Dr. Hans Kampffmeyer, Wien-Karlruhe, über „Siedlung und Selbsthilfe“, weiter Vorträge des Bezirkshauptmannes Max Dache-Troppau über deutsches Baugenossenschaftswesen in der tschechoslow. Republik, Prof. Paul Jeh-Reichenberg über praktische Erfahrungen auf dem Gebiete der Baubewertung. Dr. D. Treusch-Buttlar zur Frage der Geldbeschaffung für Wohnungsbauten und Wilhelm Weigel-Komotau über Mieterchutz. Gleichzeitig findet eine Planausstellung in den Komotauer Städtischen Parksälen statt. Die Tagung und die Planausstellung sind jedermann zugänglich. Schriftliche Wohnungsanmeldungen bis 12. Oktober an das Bürgermeisteramt Komotau. Nähere Auskunft über die Planausstellung erteilt Ing. Ernst Wührmann, Prag II., Riegerkai (Riegrova náb.) 18.

Von der deutschen Unversität in Prag. Die Insription nimmt einen erfreulichen Fortgang und es dürfte die Zahl des Vorjahres erreicht werden. Auch heuer ist die medizinische Fakultät wieder die stärkste. Auch die juristische und naturwissenschaftliche Fakultät weisen ein Plus gegen früher auf, wie denn im allgemeinen der Zuwachs an die Hochschulen unvermindert anhält. Die Vorlesungen an den einzelnen Fakultäten beginnen zwischen dem 8. und dem 10. Oktober, an der juristischen Fakultät zeit nach Beendigung der eben begonnenen rechtshistorischen Staatsprüfungen. In Abwesenheit des Genossen Professor Siedl, der bekanntlich in Amerika Vorlesungen hält, leitet Dr. Rihl das Institut für experimentelle Pathologie und die präventive Medizin. Vorlesungen und Prüfungen werden von den Professoren Hugo Wiener und Rihl gemeinsam abgehalten. Bekanntlich hat die tschechoslowakische staatliche Zahnärztliche Fakultät, in welchem alle Ärzte, welche Zahnärzte werden wollen, einen einjährigen Kurs durchmachen müssen. Heuer sind an 70 Teilnehmer gemeldet, darunter auch mehrere Deutsche, welche aber dem ausschließlich tschechischen Vortrage nur sehr schwer folgen können. Ein Arzt, welcher infolge Krankheit verhindert war, sich rechtzeitig zu melden und am 3. Oktober erschien, wurde abgewiesen und muß nun ein Jahr auf den nächsten Kurs warten. Das tschechische Staatsinstitut bedeutet eine Vergewaltigung der Deutschen und eine schwere Verletzung der Unversität, zumal ein deutsches zahnärztliches Institut besteht, in welchem die Ärzte bequem zu Zahnärzten ausgebildet werden können.

Arbeitermörder Raehne — freigesprochen! Vor dem Potsdamer Schwurgericht fand, wie wir gemeldet haben, dieser Tage der Prozeß gegen den Schloßhüter von Bechow, Raehne, statt, der wegen Ermordung eines Arbeiteres angeklagt war. Die Geschworenen verneinten die an sie gestellten Schulfragen, worauf Raehne freigesprochen wurde. In seinem Plaidoyer hatte der Staatsanwalt darauf hingewiesen, daß die Schuld Raehnes einwandfrei nachgewiesen wurde. Bei der Urteilsverkündung bemächtigte sich der Zuhörer eine ungeheure Empörung, so daß Raehne unter Polizeischutz das Gerichtsgelände verlassen mußte.

Bauernräuber gegen Angestellte. Aus Engelhartzell (Oberösterreich) wird gemeldet, daß dort unweit des Ortes zwei Angestellte der Firma Stern u. Hafferl auf dem Heimwege ohne Ursache von einem Hausen Bauernräuber überfallen, mit Messern, Säden und durch Fußtritte furchbar zugerichtet und liegen gelassen wurden. Die beiden Schwerverletzten wurden am nächsten Morgen von einem Polizeihund aufgefunden. Aus welchen Ursachen diese Missetat erfolgte, ist bisher nicht aufgeklärt.

Der Tanz um den Dollar. Aus der „S. Z. am Mittwoch“ entnehmen wir: „Vor einigen Tagen, Dollar: 180, suchte ich mir einen Hut aus. Kostenpunkt 900 Millionen. Ich zahlte, da ich das Geld nicht bei mir habe, 100 an, will morgen wiederkommen, die Ware abholen, nachzahlen. Am nächsten Tag, Dollar 120, hole ich den Hut ab. „Was kostet er“, fragte ich, „heute?“ „Heute: ein Drittel weniger laut Dollarstand — also 600 Millionen; Sie müssen aber, da Sie die Ware gestern gekauft haben, die 800 nachzahlen!“ Als ich ihm vergeblich auf das Widersinnige dieser Forderung aufmerksam machte, schenkte ich ihm die Anzahlung großzügig, verlasse den Laden, gehe wieder zurück, verlange einen Hut, wähle meinen gestern ausgekauften, zahle dem sprachlosen Händler die heute geltenden 600 Millionen und ziehe — um 200 Millionen reicher — heim.“

Der Chef einer Mörderorganisation — christlichsozialer Nationalratskandidat. Aus Wien wird uns eine Tatsache berichtet, die auch für die Christlichsozialen herzulande sicherlich nicht ohne Interesse sein wird. In der Wiener Verbandsliste, die aus den Reststimmen gewählt wird, haben die Christlichsozialen gemäß dem Bündnis mit den Monarchisten den pensionierten Gesandten Ernst

Wense als Nationalratskandidaten aufgestellt. Wense ist nun neben anderen zweien der „Dachskommandant der Monarchistenpartei“, die als Nordbände fattam bekannte „Dfara“, Gruppe zusammengevorben und ausgerüstet hat. Wense hat sich so an dem Ueberfall auf den Vortrag des Professor Ricola und an der Ermordung des Genossen Birneder schuldig gemacht. Und den Chef einer Mörder- und Räuberbande, deren Mitgliedern man Milliardenbeute versprach, stellen die Wiener Christlichsozialen als Kandidaten auf! Es geht wirklich nichts über die „Moral“ der Bürgerlichen, mit oder ohne pfäffischen Führung.

Hund und Affe. Aus Graz wird folgende amüsante Geschichte berichtet: Ein schwer betrunkenen, der einen Schäferhund an der Leine hielt, verlor in der Nähe des Stifterdenkmales das Gleichgewicht und schlug sich am Randstein des Gehsteiges eine klaffende Wunde. Blutüberströmte wälzte sich der Mann im Straßenstaub, unfähig sich zu erheben. Mitleidige Fußgänger wollten sich seiner annehmen und ihm wieder auf die Beine helfen, hatten aber bei ihrem löblichen Beginnen die Rechnung ohne den Hund gemacht. Der treue Wächter mißverstand offenbar die Hilfsbereitschaft der Leute und stürzte sich unter lautem Gekläuf auf jeden, der seinem Herrn die Hand zur Hilfe reichen wollte, so daß sich schließlich volle Ratlosigkeit der Angesammelten bemächtigte, wie dem Verletzten beizukommen wäre. Endlich scheint der Hund doch zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß seine Wachsamkeit übel angebracht sei und er ließ es nun an gütliches Zureden geschehen, daß seinem Herrn Wasser zur Reinigung der Wunde gereicht und ihm aufgehoben werde. Fast 20 Minuten hatte es aber gedauert, bis der Hund den Widerstand gegen die Hilfeleistung aufgegeben hatte.

Von Zigeunern entführt. Aus Deutsch-Wagram wird gemeldet: Am 26. Juli trieb sich in Deutsch-Wagram ein Mädchen bettelnd umher, das erzählte, es sei feinerzeit von Zigeunern geraubt worden. Es war ungefähr 14 Jahre alt. Das Kind sagte, es heiße Marie und stamme aus Steiermark. Als es in der Nähe seines Heimatortes Pönggen hütete, sei eines Tages eine alte Zigeunerin gekommen und hätte es geraubt. Von den Zigeunern wäre es zum Betteln und für Diebstähle abgerichtet und schrecklich mißhandelt worden. Nun sei es auf der Durchreise durch Vöcklabruck vor einigen Tagen entlaufen und irre in den Wäldern umher. Tatsächlich passierten am 22. Juli zwei Zigeunerfamilien die Orte Vöcklabruck, Grotz-Engersdorf und Billshedersdorf, denen vielleicht das Kind entlaufen sein könnte. Die Erhebungen ergaben nun, daß im Jahre 1909 dem Kesselwärter Alois Kohlhöfer aus Ragnsburg bei Würzursprung ein Mädchen namens Johanna Dormann — damals vier Jahre alt — von Zigeunern geraubt worden sei; das Kind konnte bisher nicht ermittelt werden. Man vermutet nun, daß das Mädchen mit der Johanna Dormann identisch sein dürfte.

Vergiftungstod eines Kindes. In Olmütz ist am Donnerstag abends das 18 Monate alte Söhnchen Vladimir des Dr. Sommer unter Vergiftungserscheinungen gestorben. Es stellte sich heraus, daß das Kind einer jährlich durchgeführten Desinfektion der Wohnung, welche die Firma „Radikal“, Prag-Weinberge, auf Bestellung Dr. Sommers durch den Magister der Pharmazie Anton Paul aus Prag durchgeföhrt ließ, zum Opfer gefallen war. Magister Paul verwendete zur Desinfektion so starke Blausäuredämpfe, daß das Kind, welches sie einatmete, sofort erkrankte und bald darauf, trotzdem ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, unter furchterlichen Qualen starb. Auch die Familienmitglieder hatten Schwindelattacken erlitten. Die Leiche wird sezirt werden, die gerichtliche Untersuchung wurde eingeleitet.

Vatermord. Zwischen dem 63jährigen Wirtschaftsbefitzer Rajpar Pleil in Krottensee und seinem 30jährigen Sohne Wilhelm kam es wegen der Uebergabe der Wirtschaft des öfteren zu Streitigkeiten. Gestern mittag geriet der Vater und Sohn neuerdings in einen heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf der alte Pleil einen Schußrevolver ergriff und damit auf seinen Sohn loszuschlagen wollte. Dieser erwischte ein Messer und stach den Vater nieder. Pleil verschied binnen einer Stunde. Der Sohn flüchtete in den nahen Wald, wurde aber von der Gendarmetrie ausgeforscht und verhaftet.

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Bekanntlich wurden vor einigen Wochen in Wien die drei berühmtesten Faszspieler Emil Herzl, Milivri Theodorowicz und Karl Verecz wegen betrügerischem Hasardspiel in den böhmischen Kurorten verhaftet. Auf Grund dieser Zeitungsmeldung ist von einem amerikanischen Kaufmann in New York die Anzeige erstattet worden, daß er im heurigen Sommer die drei Faszspieler kennen gelernt hatte, daß sich aber noch ein vierter Mann, mit Namen Wessely, in deren Gesellschaft befand. Die Nachforschungen ergaben, daß Wessely mit dem Prager angeblichen Kaufmann und Juwelier Anton Wessely identisch ist, der schon früher wegen betrügerischem Hasardspiel eine dreimonatliche Kerkerstrafe verbüßt hatte. Wessely wurde ausgeforscht und verhaftet. Er hatte als Schachmeister der Bande große Geldbeträge und Wertpapiere bei den Wiener Börsenspekulationen erworben zu haben. Die Wiener Deposits wurden beschlagnahmt. — Gestern nachmittags stieß auf der Straße von Obell nach Wofschan ein Lauffauto mit einem Personenoauto zusammen, wobei die beiden Autos schwere Beschädigungen erlitten. Insaßin des Personenoautos erlitt leichte Verletzungen.

Finland.

Von Dr. A. Politischer, Völkchenhammer.

IV. Das staatliche Verbot.

Der eigentliche Zweck der Reise war die Prüfung des Alkoholverbotes und seiner Wirkungen. Durch Gesetz vom 1. Juni 1922 ist Zubereitung, Einfuhr, Verkauf, Transport und Lagerung von alkoholhaltigen Stoffen in Finnland verboten; unter solchen Stoffen werden alle verstanden, die mehr als zwei Volumprozent Alkohol enthalten und nicht denaturiert sind, davon sind nur Alkohollaugungen ausgenommen, die für medizinische, technische oder wissenschaftliche Zwecke bestimmt sind. Praktisch also sind nur ganz leichte Biere mit weniger als zwei Prozent Alkohol zulässig, die auch allgemein, sogar von Abstinenzern, getrunken werden; berauschende Wirkung kommt ihnen kaum zu.

Das Gesetz wurde im Reichstag von allen Parteien mit Ausnahme der schwedischen Volkspartei, also mit überwältigender Mehrheit, angenommen; die sozialistischen Parteien setzten sich mit aller Kraft dafür ein, der finnische Reichstag hat übrigens schon im Jahre 1908 ein fast gleichlautendes Gesetz angenommen, das aber damals, angeblich mit Rücksicht auf die Handelsverträge, nicht die Sanktion des Zar-Großfürsten erhielt. Es ist daher klar, daß das Gesetz nicht etwa durch eine Ueberrumpelung zustande kam, sondern dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung entspricht.

Die Berichte über die Durchführung und die Wirkungen des Verbotes lauten nun so verschieden, ja entgegengesetzt, daß es unmöglich war, sich daraus von ferne ein klares Bild zu machen. Was lehre nun der Augenschein, den uns ein längerer Aufenthalt sowohl in der Hauptstadt als auch im Inneren des Landes verschaffte?

Zunächst ergab sich, daß das Bürgertum, vor allem die Intellektuellen, die Akademiker, zum überwiegenden Teile Feinde des Verbotes sind; und da diese Kreise wiederum die Beamten stellen und die bürgerliche Presse beherrschen, so erklärt es sich leicht, daß die „großen“ Zeitungen, die den bedeutendsten Einfluß auf die öffentliche Meinung haben, fortwährend Stimmung gegen das Verbot machen. Sie behaupten, daß die Zustände sich verschlechtert haben, jetzt mehr getrunken werde als vor der Einführung des Verbotes, dem Saate aber jede Kontrolle fehle, so daß viel mehr fuselbranntweine und Holzgeist genossen werde, daß die öffentliche Moral gesunken sei, mehr Straftaten und Verhaftungen vorkommen usw. Es wird genau so gegen das Verbot gehetzt wie es in den Vereinigten Staaten geschieht.

Auf der anderen Seite sind Arbeiter und Bauern unbedingte Anhänger des Verbotes und stehen fest zu ihm. Sie erklären und besonders ist es die sozialistische Presse, die sich die Verteidigung des Verbotes zur Pflicht gemacht hat, daß die Durchführung des Verbotes leider noch viel zu wünschen übrig läßt; aber das freche Nicht gegen das Verbot, sondern gegen die Behörden, die es an Eifer und Wachsamkeit fehlen lassen. Die Beamten stammen ja zum größten Teil aus jenen Gesellschaftskreisen, denen das Verbot ein Dorn im Auge ist. Unsere Parteigenossen erklären, daß das Verbot trotz der mangelhaften Durchführung einen äußerst günstigen Einfluß auf die Nüchternheit und damit auf den geistigen und sittlichen Zustand des Volkes gehabt hat, daß Leistungsfähigkeit und Bildung in erfreulicher Zunahme begriffen sind; sie lächeln darüber, wenn von Aufhebung oder auch nur Milderung des Gesetzes die Rede ist; die große Masse des Volkes wolle das Verbot und werde es gegen alle Angriffe schützen.

Die eigenen Erfahrungen haben uns gelehrt, daß man zwar in den Groß- und Eisenstädten um teures Geld Wein und Schnaps leicht bekommen kann, daß man abends wohl auch zuweilen einen betrunkeneren Bogenet, und daß es den Behörden bisher nicht möglich war, den Schmutzhandel, mit dem sie im steten Kampfe liegen, mit überlegener Kraft entgegenzutreten, daß es aber Trinksitten in unserem Sinne dort nicht gibt, das Innere des Landes durchaus nüchtern und alkoholfrei ist und dort Lehrer, städtische und staatliche Beamte Anhänger des Verbotes sind.

„Verletzung des Verbotes wird bei uns ebenso strenge verurteilt wie Diebstahl“, sagte mir ein Parteigenosse; und das will gewiß viel sagen!

Und erscheint es natürlich ganz merkwürdig, daß die breiten Schichten des finnischen Volkes den Alkoholgenuß so energisch ablehnen. Um das zu begreifen, muß man vorerst bedenken, daß dieses Volk auch schon vor Einführung des Verbotes äußerst mäßig war und das Land seit jeher einen geringeren Alkoholverbrauch aufwies als irgend ein anderes. Die Hauptsache ist aber wohl, daß das Trinken dort in keiner Weise mit dem gesellschaftlichen Leben verbunden war. Wirtschaftler im unserem Sinne des Wortes hat es dort nie gegeben, die politische gewerkschaftliche, Vereinsaktivität hat sich nicht im Gasthause abgepielt, selbst in Unterhaltungen, zu Tanz und Spiel verammelt man sich nicht beim Glase. Wo denn? Ich habe schon oben darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratische Partei 643 Vereinshäuser besitzt, natürlich haben auch die anderen Parteien, besonders die Bauern, derartige Heime in den Städten schöne, große Steingebäude auf den Dörfern einfache Holzhäuser. In keinem dieser Häuser gibt es einen Tropfen Alkohol, die Säle und Zimmer werden an die Vereine und Organisationen vermietet, die darin ihre Versammlungen und Sitzungen, Proben und Kurse, Konzerte und Bälle abhalten. Eine Küche steht

zur Verfügung; Kaffee, Kuchen und Butterbrot sind zu haben, mehr verlangt niemand. So spielt sich das Leben der Menschen dort ohne Schenke, ohne Stammtisch, ohne Alkohol ab. Wer trinken wollte, kaufte sich eine Flasche Schnaps, die er rascher oder langsamer leerte; das war gewissermaßen seine Privatgabe, die niemanden etwas erging. Daß aber ein Gesangsverein seine Proben im Wirtschaftshaus abhält und jeder Sänger neben dem Notenblatt ein Glas Wein hat, kommt den Leuten dort ganz ungläublich vor; sie schauten mich groß an, als ich es ihnen erzählte.

Das ist der gewaltige Unterschied. Und daraus habe ich auch gelernt, worauf es ankommt. Das Wirtschaftshaus muß aus unseren Sitten ausschalten, das Volk, die Arbeiterschaft muß zu anderen Lebensgewohnheiten erzogen werden. Auch wir müssen in jedem Industrieorte ein Wirtschaftshaus bekommen; aber es darf nicht aus Alkohol aufgebaut werden, es darf nicht das Ertragnis der Schankkonzession schon von vorne herein in die Bilanz eingestellt werden. Und vielleicht ist auch der Hinweis darauf gestattet, daß das finnische Kooperationswesen seinen bewundernswerten Aufschwung genommen hat, ohne giftige Getränke zu erzeugen und an die Arbeiterschaft zu verkaufen. Dort erfüllt die Partei ihre Pflicht, die Arbeiterschaft vor ihrem Verderber Alkohol zu schützen in wahrhaft nachahmenswertem Maße.

(Schluß folgt.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Einheitsfront oder Gewerkschafts-Expansion?

Die kommunistische Gewerkschaftstaktik.

Auf der Kreisgewerkschaftskonferenz der kommunistischen Partei des schlesischen Kreises (Nordböhmen), die vor einigen Tagen in Reichenberg stattgefunden hat und allwo die Kommunisten sich vernünftig gefühlt haben, festzustellen, daß sie sich wieder einmal geirrt und wo sie auch unter anderem die nationale Frage erörtert haben, haben sie sich auch des langen und des breiten mit ihren Aufgaben in den Gewerkschaften befaßt. Die Wunde am Gewerkschaftskörper der Kommunisten ist bekanntlich die Frage der Organisation der Textilarbeiter. Trotzdem die Kommunisten fortwährend von der Einheitsfront reden, haben sie diese Einheitsfront noch nicht einmal untereinander hergestellt. Denn es gibt zwei kommunistische Textilarbeiterorganisationen. Die tschechischen kommunistischen Textilarbeiter, welche ihre frühere Organisation verlassen haben, bilden eine Sektion des sogenannten Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftlichen Verbandes, während die deutschen Textilarbeiter, die aus der Union der Textilarbeiter hinausgegangen sind, ihre eigene Organisation besitzen. Da sich die beiden Organisationen nicht einigen konnten, hat Moskau entschieden, daß sie ungetraut ihre Versammlung durchzuführen haben. Trotzdem will es nicht vorwärts gehen. Zum Teil wohl darum, weil die Leitung der Reichenberger Textilsektion mit der Arbeit des Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftlichen Verbandes nicht einverstanden ist. Dies erklären mehrere Redner unumwunden, unter anderem Mai, Bauer, Reichenberg und Dittich-Deutschgabel. Die Redner kritisierten scharf nicht nur den Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftlichen Verband, sondern die Gewerkschaftszentrale der kommunistischen Partei und die Gewerkschaftsarbeit des Volkswirtschaftsausschusses der Partei selbst. So erzählte Mai, daß sich die Textilarbeiterorganisation vor sechs Wochen an den Volkswirtschaftsausschuß der kommunistischen Partei gewendet habe, damit er dagegen einschreite, daß den Waldarbeitern die Arbeitslosenunterstützung entzogen wurde. Bisher erhielten die Textilarbeiter jedoch noch keine Antwort. Der Reichenberger „Vorwärts“, der sonst so gesprächig ist, bringt über die Rede des Verneiners der kommunistischen Textilarbeiterorganisation, der nach den Angaben des Blattes 40 Minuten gesprochen hat, ganze sechs Zeilen! Aus den wenigen Zeilen geht jedoch hervor, daß es sich der Organisation darum handelt, das Verfügungsrecht über das Vermögen zu behalten, nicht aber dieselbe dem Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftlichen Verband zu übertragen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, worin die Leitung der Reichenberger Textilsektion aufgefordert wurde, innerhalb der von der Parteizentrale bestimmten Frist eine endgültige Vereinbarung mit der Leitung des Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftlichen Verbandes abzuschließen.

Wie die Kommunisten einst für die Einheitsfront arbeiten wollen, geht aus der Rede des Referenten Rudolf Kohn (Prag) hervor. Er will die Einheitsfront auf folgende Art herstellen: Wir müssen... in jedem Verband Fraktionsarbeit leisten. Wie in der Politik, muß auch in der Gewerkschaftsbewegung unser oberster Grundsatz die Einheitsfront sein. Auch dort, wo wir eben nur eine kleine Minderheit im Verbands haben, kann diese sehr nützliche Arbeit leisten, sie kann die Verbandsleitung im Zaum halten und manchmal ganz neutralisieren. Also immer ein Satz, in dem Spaltungsarbeit hervorgehoben wird. Einheitsfront und Spaltung oder Schofokade und Zwiebel. Die Demagogie, die die Kommunisten da treiben, geht aus der Ausführung der wenigen Sätze des Referenten hervor. In der Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte, heißt es: „Es wird erneut festgestellt,

daß alle Parteigenossen in allen Gewerkschaften verpflichtet sind, Fraktionen zu bilden, welche gebiets- und organisationsweise zusammenzufassen sind. Die Kommunisten sind in allen Gewerkschaften zur Einhaltung der unbedingten Parteidisziplin verpflichtet.“ Mit anderen Worten, die Arbeiterbewegung wird weitergepöbeln und geschwächt und um den Arbeitern gegenüber, die nach der tatsächlichen Zusammenfassung der proletarischen Kräfte im Kampfe gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion streben, die wahren Absichten der Kommunisten zu verdeutlichen, wird von der Einheitsfront geredet. Die Spaltungsarbeit in der Tat, die Einheitsfront im Munde — auf diese Formel läßt sich die kommunistische Gewerkschaftsarbeit bringen.

Kreisgewerkschaftskonferenz in Troppau.

Zonntag den 30. September fand in Troppau eine Kreisgewerkschaftskonferenz statt, zu der alle Gewerkschaften der Kreise Jägerndorf, Reutitzsch und Römertal ihre Vertreter entsandten. Eingangs der Verhandlungen gedachte Senator Link des verstorbenen Genossen Hanusch. Sodann wurde eine Zynopolienkundgebung für die im Kampfe stehenden Bergarbeiter angenommen. Ueber „Reorganisation und Beitragsleistung“ referierte Abgeordneter Geog. Deeger. In Mähren und Schlesien hatten wir, so führte er aus, fünf Sekretariate. Diese haben gute Arbeit geleistet, ohne die die einzelnen Fachverbände keinen solchen Aufschwung hätten nehmen können. Die gegenwärtige Wirtschaftslage zwingt zur Reorganisation. Die Kreisgewerkschaftskonferenz in Mährisch-Schönberg hat bereits den Reorganisationsplan zugestimmt. Abgeordneter Genosse Deeger beantragt daher ebenfalls die Zustimmung, die auch erfolgt. Er befaßte sich weiter mit der Beitragsleistung, die unbedingt vereinheitlicht werden müsse. Nach einer Debatte und dem Schlußwort des Referenten nahm die Konferenz auch den Antrag auf Vereinheitlichung des Beitrags an. Ueber die Verlegung des Sitzes der Kreisgewerkschaftskommission sprach Genosse Macoun. Es wurde beschlossen, den Sitz der Kommission in Jägerndorf zu belassen und die Frage der Errichtung eines Bezirkssekretariats in Ostrau den Fachverbänden und der Kreisgewerkschaftskommission zu belassen.

Forstarbeiter nach Karpaten-Rußland. Die staatliche Arbeitsvermittlungsinstitution in Ungarn sucht 2000 Forstarbeiter für das dortige Gebiet. Die Bedingungen, unter denen diese Arbeiter aufgenommen werden sollen, sind für die Arbeiter nicht günstig. Für erzeugtes Brennholz geschlichtet in einer Länge bis 125 Ztm. und in einer Höhe von 125 Ztm. mit 100 Ztm. langen Holzstücken zahlt die Fabrik 6.50 Kr. am Erzeugnisort. Die Arbeiter müssen sich verpflichten, die ihnen übergebene Fläche vollständig auszuräumen. Die Verrechnung erfolgt erst nach Schluß der gesamten Arbeit. Vorschüsse werden gewährt. Der Krankheitsbeitrag wird vom Lohn in Abzug gebracht. Die Arbeiter müssen ihr eigenes Werkzeug mitbringen. Für Unterkunft und Verpflegung haben die Arbeiter ebenfalls aufzukommen. Die Firma will bloß die eingelaufenen Waren der Gruppen bis zum Arbeitsplatz führen. Wenn die Arbeiter wenigstens vier Monate in Arbeit bleibt, so vergütet die Firma die Hälfte der Fahrt. Infolge großer Unfallgefahr können nur geübte Forstarbeiter aufgenommen werden. Die Arbeiter müssen ferner ihre eigenen Koffer sowie warme Arbeitskleidung und ihre Kochgeschirre mitbringen. Die Arbeit dauert bis Ende März 1924. Daß für eine so kurze Zeitdauer die Familie nicht mitgenommen werden kann, ist ja klar. Es muß also auch ein Familienunterhalt Geld heimfenden können. Bei den Lööhnen aber, die geboten werden, ist dies dem Arbeiter nicht möglich. Sein Verdienst reicht kaum für Unterkunft und Verpflegung. Der gebotene Lohn entspricht in keiner Weise den anderen geübten Löhnen, sondern ist viel niedriger. Selbst dem Prager Landeszentralarbeitsamt sind die Löhne zu niedrig vorgekommen, so daß es versucht, noch etwas zu erreichen. Wir können niemandem empfehlen, dorthin in Arbeit zu gehen. Die Verhältnisse, besonders die klimatischen Verhältnisse im Winter, sind von unseren verschieden. Die Fahrspesen sind auch sehr hohe und wer einmal dort ist, der könnte nur sehr schwer wieder heimkommen. Er wäre dann der Willkür dieses Unternehmens ausgeliefert, oder er müßte sein ganzes Geld, das er noch hat, für die Heimfahrt verwenden. Den Forstarbeitern könnte es dann so schlecht gehen, wie jenen Arbeitern, die nach Nordböhmen in Arbeit gingen. Die Arbeitsvermittlungsinstitutionen sollten denn doch auch immer erst prüfen, ob die Bedingungen, die eine Firma bietet, immer auch solche sind, daß die Arbeiter dabei ihr Auskommen finden. Es kann doch den Arbeitern nicht zugemutet werden, anstatt etwas zu verdienen, vielleicht noch daranzuzahlen. Wenn der Arbeiter von dem Verdienst in der Fremde leben soll und auch noch seiner Familie Geld heimfenden soll, so muß der Lohn auch dementsprechend festgesetzt sein. In diesem Falle sind die Bedingungen eben nicht entprechend, weshalb wir vor Arbeitsannahme die Forstarbeiter warnen.

Neue sozialpolitische Werke kündigt das „Pravo Lidu“ an. Vor allem soll der zweite Teil des Werkes „Sozialpolitik“ erscheinen, welches sozialpolitischen Charakter tragen wird. Er wird Aufsätze Dr. Macels über die Theorie der Sozialpolitik, Dr. Sterns über Arbeitererziehung und Dr. Winters über Sozialversicherung enthalten. Weiters wird die Herausgabe einer Enzyklopädie der sozialen Fragen der Tschechoslowakei vorbereitet. Diese Enzyklopädie soll in

französischer und deutscher Sprache ausgegeben werden. Auch das Werk Dr. Sterns „La Legislation Curative Tschecoslovaquie“ (Tschecoslowakische Arbeitererziehung) geht einer Neuauflage entgegen. An Neuerscheinungen sozialistischer Literatur nennt das „Pravo Lidu“ ferner ein Werk Koudelkas über den Sozialismus in England, ein Werk Macels über die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik und ein Werk Modrals über soziale Philosophie.

Der Kampf der Staatsbeamten in Polen. Aus Warschau, den 5. Oktober wird gemeldet: Die Streikagitation unter den Eisenbahnfunktionären hat so zugenommen, daß mit dem Ausbruch des Generalstreikes auf den polnischen Eisenbahnen stündlich zu rechnen ist. Minister des Innern, Dr. Kiernik richtete an seine Untergebenen ein Rundschreiben, in welchem er im Zusammenhang mit den Streikabsichten der Staatsbeamten darauf hinweist, daß die Streikwache in den Händen der Staatsbeamten unzulässig sei. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß die Staatsbeamten sich durch antisozialistische Agitation nicht irreführen lassen werden und erklärt, daß gegen die Anstifter des eventuellen Staatsbeamtenstreikes die Regierung mit den strengsten Strafen vorgehen werde. Gleichlautende Rundschreiben haben auch die übrigen Ressortminister an ihre untergebenen Beamten gerichtet. Bekanntlich läuft heute die Frist ab, welche vom Zentralverband der Staatsbeamten der Regierung zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen gestellt wurde.

Devillenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:
 Zürich 20.15/00
 Berlin 22.125.000/00
 Wien 20.05/00

Zürcher Schlusskurse am 6. Oktober

	Geld	Ware
Paris	23.15/00	33.30/00
London	25.15/00	25.19/00
Berlin	0.08/00	0.012/00
Mailand	25.15/00	25.25/00
Holland	210.25/00	220.00/00
Wien	0.00.78/25	0.01.78/75
Budapest	0.02/00	0.031/00
Bras	16.45/00	16.55/00
New York	5.55/00	5.59/50
Beigab	6.40/00	6.50/00
Warschau	0.00.00/00	0.00.00/00

Kunst und Wissen.

Bau-Bau. (Neues deutsches Theater.) Diese Anekdotie hat noch immer die Lacher auf ihrer Seite. Das hat sie nur dem Umstand zu verdanken, daß die Titelrolle im Besitze Herrn Romanow's geblieben ist. In seinem Wagnis, der guten Humoreske in Werkschickel, zeigte er bis in die feinsten Züge seine meisterhafte Darstellungskunst. Man merkte ihn nach der längeren Zeit seines Erholungsurlaubes eine erstentliche Frische an, welche das gesprochene Wort zu besonderer Deutlichkeit erhob. Herr Romanow's wurde stürmisch gefeiert. Fräulein Schmidt spielte diesmal die Virginia. Diese Rolle erfordert vor allem Schönheit und Lebenswürdigkeit, Eigenschaften, welche die Darstellerin in reichem Maße besitzt, so daß sie dadurch ihrer Rolle gerecht werden konnte. Herr Fierbach verhalf seiner an sich unsympathischen Rolle durch eine gewisse Ungelegenheit nicht zu der erforderlichen Wirkung. Ihm selbsterte in dieser Hinsicht der bisher unbekannte S. Prator. — Es wäre zu begrüßen, wenn sich Herr Romanow's recht bald in einer bedeutenderen Rolle dem Prager Publikum zeigte.

Arbeitervorstellung „Das Nachtlager von Granada“. „Zuansichs Geheimnis“. Sonntag, den 14. 2.30 Uhr, Arbeitervorstellung zu besonders ermäßigten Preisen. Conradin Kreuzer romantische Oper „Das Nachtlager von Granada“ und Wolf Ferraris Intermezzo „Zuansichs Geheimnis“. Kartenverkauf ab Montag bei Spitzer Gewossen Dentsch, Graben 25, Kleiner Vasa.

Sechs philharmonische Abonnementskonzerte. Wie alljährlich, finden auch in dieser Spielzeit im Deutschen Theater sechs philharmonische Abonnementskonzerte statt. Das ausführende Programm wird im Laufe dieser Woche bekanntgegeben. Als Gastdirigenten wurden Arnold Schönberg (Wien), Otto Klemperer (Köln), als Solisten Max Fleisch (Vienna) und Walter Gieseling (Moskau) gewonnen. Die Abonnementspreise für alle sechs Abende betragen: Parterre und 1. Rangloge: K 600.—, 2. Rangloge K 480.—, 3. Rangloge K 360.—, Hauptteil 1.—4. Reihe K 150.—, Parterre 5.—8. Reihe K 132.—, 9.—12. Reihe K 120.—, 13. bis 20. Reihe K 102.—, Balkon 1. Reihe K 132.—, 2. bis 4. Reihe K 120.—, 5.—7. Reihe K 102.—, Galerie 1. Reihe K 90.—, 2.—6. Reihe K 78.—, 7. bis 10. Reihe K 66.—, Galerie-Seitenreih K 51.—. Der Kartenverkauf beginnt morgen Montag an der Tageskassa.

„Der Ademann und der Tod“. Der deutsche literarisch-künstlerische Verein in Prag eröffnet die Reihe seiner künstlerischen Herbstveranstaltungen mit der Uraufführung des alten Meisterstücks „Der Ademann und der Tod“ von Johannes von Saaz (Stadtschreiber um das Jahr 1400) am Sonntag, den 20. (Generalprobe) und Sonntag den 21. Oktober in der deutschen evangelischen Kirche in Prag, Berggasse. Leitung des Abends: Hans Demey und Dr. Erich Steinhard. Beginn jedenmal 7 Uhr. Zur Generalprobe haben nur Mitglieder und Geladene Zutritt. Pektamationen an E. K. Schramel, Prag I — 1000. Kartenverkauf zur Sonntag-Aufführung ab Donnerstag in der Musikalienhandlung Wegler.

Neues Theater. Heute, den 7., nachmittags: Staatsangehörigkeitsvorstellung: „Der letzte Walzer“, abends: „Dieglerin“. Montag, den 8.: „Frau Präsidentin“. Dienstag, den 9.: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Mittwoch, den 10.: „Dieglerin“. Donnerstag, den 11.: „Dieglerin“. Freitag, den 12.: „Frau Präsidentin“. Samstag, den 13., 2 Uhr nachmittags: Urania-Klassiker-Vorstellung: „Camont“, abends: „Saubere Erde“. Sonntag, den 14., 11 Uhr vormittags: Kammermusik, nachm.: Arbeiter-Vorstellung: „Kampflager von Granada“, „Süßens Geheimnis“, abends: Premiere: „M...“.

Literatur.

Neue Bücher. Der Amalthea-Verlag (Bücherverlag Wien) brachte im September 1923 folgende Werke auf den Büchermarkt: Richard Zosmann: „Gottessonne“. Geistliche Gesänge und Gedichte aus dem 11.—18. Jdt. Reich und farbig illustriert von Prof. Jettmar, Kunstakademie, Wien. (Al. Amalthea-Bücher!) Prof. Castle und Direktor Paner v. Thurn: „Kavater-Mappe 2, Goethe und sein Kreis“, 24 viel farbige Bildnisse. Karl Tsch: „Weib und Kololo in Frankreich“ mit über 100 Abbildungen. Karl Rohbold: „Schloß Schönbrunn“ mit 60 Abbildungen. In diesem Buche wird das künstlerische und gesellschaftliche Leben der Maria-Theresianischen Kulturperiode in dichterischer Form veranschaulicht. Paner v. Thurn: „Das goldene Reich“, Quartform. Seine Entstehung und Geschichte. Das Luxuswerk, das nur in 300 Exemplaren aufgelegt wird, ist geschmückt mit sechs mehrfarbigen Lichtdrucktafeln. Feix Ernst: „Der Klassizismus in Italien, Frankreich und Deutschland“. Karl Frankl: „Erst Innerkampf-Mappé mit 24 Porträts. Karl Glavin: „Das Grillparzer-Jahrbuch 1924“. Paner v. Thurn: „Die Goethe-Chronik 1824“. In diesem Jahrgang wird der kürzlich in der Wiener Hofbibliothek aufgefundenen „Mariage-Kontrakt 1677“ veröffentlicht. Der Amalthea-Almanach 1924 erscheint schon im Oktober 1923.

Vorträge.

Dr. Kömmerl (München): „Unsichtbare Wesen“. Freitag veranstaltete Dr. Kömmerl einen interessanten, naturwissenschaftlichen Experimentvortrag in der Brauer „Urania“. Er bediente sich hierbei der Mikroprojektion. Mittels eines großen Mikroskops veranschaulichte der Vortragende das Leben der kleinsten Wesen. Er brachte zunächst einen Wassertropfen mit den darin befindlichen Aufgühtierchen unter die Glühlampe des Apparates, der je 100.000fach vergrößert an die Leinwand warf. Die Aufgühtierchen besaßen nur aus Zellkern und Protoplasma, enthielten jedoch aus dem Nichts und können eines physiologischen Todes nicht werden. Nach Aufklärung des nordischen Gelehrten Arhenius kamen diese primitiven Wesen als erstes Leben von einem anderen Planeten auf unsere schon erkaltete Erde. Dr. Kömmerl zeigte weiter die Schimmelbildung der Gledentierchen, welche sich bereits in Gruppen ansiedeln, um widerstandsfähiger zu sein. Doch haben alle Zellen noch die gleichen Funktionen. Anders beim Polypen. Hier teilten sich die Zellen bereits in die Arbeit der Ernährung und Verteidigung des Körpers. Dr. Kömmerl zeigte hierauf an lebenden Beispielen und auch durch projizierte, äußerst vergrößerte Abbildungen unterläßt, immer höher geartete Lebewesen, wie Würmer, Aale, Krebse und Fische, demonstrierte deren Ernährung, Fortpflanzung durch Teilung und Sprossung. Die Sprossung illustrierte er durch eine sehr interessante Analogiebildung aus der anorganischen Chemie. Der Vortragende zeigte schließlich, wie aus der tierischen und menschliche Körper ein Komplex verschiedenartiger Zellen ist und in welcher Weise z. B. die Hautzellen sich erneuern. Die Vorführungen waren sehr anregend und es ist erfreulich, daß bei der Vortragende auch im Arbeiterbildungsverein wiederholt wird.

Urania.

Heute, 1/2 11 Uhr nachm.: „Kreuz und Quer durch Norwegen“ mit 70 Lichtb. Univ.-Prof. Dr. Freund. Eine Reise in ein herrliches Land.

Heimberdienst

für jedermann ohne besond. Kenntnisse nach jeder Tagesarbeit. Schreibt nach heute an Adolf J. Broz, Kardas, Uetzer.



Alle Bürger

lieferst rasch und billig die Buchhandlung Freiheit, Tschik-Schönan, Theresienstraße Nr. 18. Großes Lager in preiswert. Gelegenheitskäufen. Berechnung senden wir auf Wunsch kostenlos.

mit wildromantischen, pittoresken Natur Schönheiten und eigenartigen Dorf- und Stadtbildern. Karten 5 und 3. Mitglieder 1 und 2 K.

Montag, den 8., 8 Uhr: „Das Glück des Einzelnen und der Gesamtheit.“ Prof. Dr. Max von Sack. Max von Sack hat von jeder auf alle Vorteile seiner Geburt und seines Standes verzichtet, um nur seinen wissenschaftl. Neigungen zu leben und seinen menschenfreundlichen Bestrebungen sich widmen zu können. Karten 15—4, Mitglieder 13—3 K.

Mittwoch, den 10., 8 Uhr: „Der Sinn der deutschen Geschichte.“ Geheimrat Prof. Hermann Lunden-Wünchen. Die Geschichte eines Volkes ist ein Bild seiner Weltansicht. Schlüsse daraus auf Gegenwart und Zukunft zu ziehen, ist kein anderer zu berufen wie Prof. Lunden. Karten 10—3, Mitglieder 8—2 K.

Sonntag den 13., 2.15 nachm. im Neuen Deutschen Theater erste Urania-Klassiker-Vorstellung „Camont“. Bedeutend ermäßigte Preise. Logen 16 bis 44 K, Sitzplätze 2.50—10 K, Karten ab heute Urania-Kasse und Kisländer-Kassenschule. 1812

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Böh. Rannh. Die Bezirkskonferenz, die am 30. September stattfand, beschäftigte sich vornehmlich mit den Gemeindevahlen. Der Bericht über den Ausgang der Gemeindevahlen zeigte, daß von 13.914 abgegebenen Stimmen 5762 auf die sozialdemokratische Partei entfielen, 297 auf die kommunistische Partei, 487 auf die tschechische Arbeiter- und 7368 auf alle anderen bürgerlichen Parteien. 41 1/2 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen fielen unserer Partei zu. In drei Gemeinden gelang es, einen Stimmengewinn für unsere Partei zu erreichen, in zwei Gemeinden einen Mandatsgewinn. In zwei Gemeinden haben wir uns an der Wahl nicht beteiligt; dort entfiel die- selbe. Zwei Gemeinden hatten erst im Jahre 1922

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch, Prag,** Graben 25, Kl. Bazar. 1932



Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Olmützer Käsel u. Stangenkäsel

in bester Qualität und billig bei 1714 I. Olmützer Käsefabrik, A. R. Hrabě, Olmütz.

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitten

„Apec“ und „Morrell“

1901 Vertreter für die Cechoslowakei: Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6687



Der lesende Arbeiter

das ist der dankende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen, im Kampfe um politische Freiheit und Kultur ist der „Sozialdemokrat“ das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende, geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Antritt und Abwehr zusammenschweißt. Wardet Leser und werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“

Ausschneiden und einsenden.

Abonnements-Bestellschein. Abonniere ab monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 95 Kč — ganzjährlich 192 Kč (nicht Zutreffendes durchstreichen) den „Sozialdemokrat.“ — Verwaltung Prag II., Havlíčkovo nám. 32.

Vor- und Zuname: _____
Beruf: _____
Ort, Bezirk: _____
Strasse und Nr.: _____

gewählt, eine Gemeinde wählt erst im Oktober. Die Mandate verteilen sich in der Gemeinde, in denen gewählt wurde, folgendermaßen: Sozialdemokraten 149, Kommunisten 4, tschechische Arbeiterpartei 177. — Genosse Sedáler aus Bodenbach besprach jedam in seinem Referate die Ursachen des Ausganges der Gemeindevahlen vom Standpunkte des Klassenkampfes und besprach ausführlich die Beschlüsse der Reichsparteileitung. Zum Parteitag nach Aussig wurden die Genossen Slenka, Sackel und ein Genosse von Steinschönau, den die Lokale von Steinschönau der Bezirksleitung noch bekanntgeben wird, gewählt. Zum Schluß wies Genosse Slenka auf die Wichtigkeit des Arbeiter-Bildnerkurses hin, dessen Leitung Genosse Dr. Stern-Teply innehat.

Eröffnung der Parteischule in Troppen. In den nächsten Tagen wird in Troppen die Parteischule wieder eröffnet werden. Gelehrt wird: 1. Die gegenwärtigen Parteien und ihre Programme (Abgeordneter Genosse Hans Joll). 2. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (Schleibler Genosse Jhnstorg). 3. Sozialpolitik (Genosse Otto Tige). 4. Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie (Genossin Marie Joll). Diese Schule wird in der Zeit vom 19. Oktober bis 6. November an je zwei Abenden in der Woche von 7 bis 10 Uhr abends abgehalten.

Polsoforganisation Prag VII. Freitag, den 12. Oktober Bodenverammlung im Gahhaus „U. W. demie“ mit Vortrag über die politische Situation in Deutschland. Anfang 8 Uhr. Parteigenossen als Gäste willkommen!

Frauenbewegung.

Frauen-Bezirkskonferenz Bilm. Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet im Parteireferat in Bilm (Konsum) die ganzjährige Frauen-Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Protokollverlesung; Berichte der Bezirksleitung und der Frauensektionsleitungen; Vortrag der Genossin Paul über „Die Lehren der Gemeindevahlen“ und Allgemeines.

Turnen und Sport.

Prager Wettspiele. Heute Sonntag: Pokalturnier: Slavia gegen Cedie Karlin und Sparta gegen Cedie Smichov. — Meisterschaft 1. Klasse: Ruzelsky SA. gegen Walostranitz SA. — Freundschaftsspiel: Matkabi, Práun gegen DFC. Meteor VIII gegen Slavo VIII, Meteor Vinohrady gegen Viktoria Russe.



Berson-Gummiabsätze und -Sohlen

- | | |
|---|--|
| Herrn- Anzüge
von Kč 125.- | Knaben- Stoffanzüge von 2—12 Jahren
von Kč 50.- |
| Herrn- Raglane, Überzieher
von Kč 190.- | Knaben- Manchesteranzüge von Kč 100.- |
| Herrn- Winterröcke lang
von Kč 290.- | Knaben- Modeanzüge mit Westen von 8—18 Jahren
von Kč 125.- |
| Herrn- Winterröcke kurz
von Kč 190.- | Knaben- Raglane von Kč 90.- |
| Herrn- Gummimäntel garantiert wasserdicht
von Kč 115.- | Knaben- Winterröcke mit warmem Futter von Kč 110.- |
| Herrn- Lederröcke
von Kč 390.- | Knaben- Velvethosen von Kč 35.- |
| Herrn- Wirtschafts-Pelze
von Kč 390.- | Knaben- Wollgarnituren, gestrickte Sweater, Höschen, Kappen, Handschuhe, Shawls von Kč 130.- |
| Herrn- Hüte, Kappen, Hosen, Kravatten, Hemden, gestrickte moderne Sweater und Westen, Socken, Stöcke, Gamaschen, Handschuhe usw. | Knaben- Leder-Röcke, Hosen, Anzüge, Mäntel. |

Stránský
Prag, Hybernská.